

TECHNIK UND KULTUR

Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure



27. JAHRGANG

BERLIN, 30. JUNI 1936

Nr. 6, S. 85—100



Dr. Walter Flemmig in Düsseldorf:

Freie oder gebundene Wirtschaft?

Nationalsozialismus und Kartellproblem

In letzter Zeit ist mehrfach die Kartellfrage in der größeren Öffentlichkeit erörtert worden. Vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin sprach der Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, Dr. J. W. Reichert, über „Nationale und internationale Kartelle“. In einer an der Universität Frankfurt a. Main veranstalteten Vortragsreihe befaßte sich der Präsident der Reichsfilmkammer, Staatsminister a. D. Professor Dr. Lehmann in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kartellrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht mit dem Problem der Marktregelung in der nationalsozialistischen Wirtschaft.

Zu den unter dem früheren System am meisten angegriffenen wirtschaftlichen Erscheinungen gehörte nicht zuletzt das Kartellwesen. „Kartelle sind Kinder der Not“, so hat einst der westdeutsche Industrielle Geheimrat Kirdorf gesagt. Sie entsprangen der sogenannten Uebererzeugung. Um dieser Uebererzeugung, die die Märkte in Unordnung brachte und die Preise drückte, zu steuern, schlossen die Unternehmer eines Wirtschaftszweiges über die Bedingungen ihres Verkaufes sowohl als auch teilweise über die Bedingungen und das Ausmaß ihrer Erzeugung Vereinbarungen ab. Wenn man auch zwischen freiwilligen oder durch die staatliche Macht aufgezwungenen Kartellen unterscheiden muß, so waren grundsätzlich die Kartelle doch immer Ordnungsinstitute, die die Privatwirtschaft selbst einführte. Neben den eigentlichen Preiskartellen standen die Mengen-, Gebiets- und Produktionskartelle, die das Ziel verfolgten, durch ihre außerordentlich vielseitige marktordnende und -regelnde Tätigkeit die Rentabilität ihrer Mitglieder zu sichern.

Die Kartelle sind nun nicht Gebilde, die erst in den Nachkriegsjahren im Wirtschaftsleben auftraten, sondern es hat solche auch schon lange vor dem Kriege gegeben. Allerdings ist nach dem Weltkriege, insbesondere auf Grund der Auswirkungen des Versailler Diktates und der am ersten und schärfsten in Deutschland auftretenden Störungen des industriellen Gleichgewichts das Bedürfnis nach wirksamem Schutz gegen die zahllosen Wagnisse, denen Unternehmer und Wirtschaftsbetriebe schon von jeher ausgesetzt waren, ganz beträchtlich gewachsen. Wenn im allgemeinen auch bei lebhaftem Wettbewerb der Ausgleich auf dem Binnenmarkt sich erreichen läßt, solange sich die inländische Erzeugungskraft mit der inländischen Nachfrage im Gleichgewicht hält, so treten tiefgreifende Marktstörungen in dem Augenblick ein, wo Krisen durch übermäßige Produktion und damit Marktüberfüllung oder durch mangelnde Kauf- und Verbrauchskraft auftreten. Die auf Grund der Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegszeit auftretenden Störungen des Gleichgewichts, die die frühere Selbstregulierung des Marktes durch die in der nationalökonomischen Wissenschaft bekannte These von Angebot und Nachfrage mehr und mehr zurücktreten ließen, haben die Kartellbestrebungen wesentlich anwachsen lassen. Dabei spielte die Ueberzeugung der Unternehmer mit, „daß der zügellose freie Wettbewerb bei dem ungeheuren Tempo der modernen Technik und der damit verbun-

denen qualitativen und quantitativen Leistungssteigerung zu einer Vernichtung vieler Unternehmer- und Arbeiterexistenzen, zu Kapitalfehlleitungen und Verlusten und nicht zuletzt zu einer Verschleuderung nationaler Güter führen müsse“. Es war selbstverständlich, daß sich in der Wirtschaftskrise der Drang nach Kartellierung verstärkte.

Zwar ist nicht zu verkennen, daß sich bei dem Kartellierungsprozeß im Laufe der Zeit Auswüchse entwickelten, die eine Reihe von Kartellen zu Machtinstrumenten werden ließen, die lediglich wirtschaftsegoistische Interessen bestimmter Gruppen durchzusetzen beabsichtigten. Andererseits sollen aber auch nicht die Verdienste großer nationaler Kartelle, die schließlich die Voraussetzung für das Zustandekommen internationaler Vereinbarungen schufen — man denke z. B. an die Internationale Rohstahl-exportgemeinschaft — geschmälert werden. Neben der Verhütung des im nationalen Interesse unangebrachten Preiskampfes auf den Weltmärkten haben sie auch auf wirtschaftlichem Gebiet wesentlich zu einer Verständigung der immer noch unter den Auswirkungen des Krieges leidenden Völker beitragen können.

Wenn das Kartell vom nationalsozialistischen Staat nicht beseitigt, sondern sogar übernommen wurde, so setzt das allerdings eine innere Wandlung des Kartellgedankens voraus. Wollte das kapitalistische Kartell Marktbeherrschung aus dem Eigennutz einer Wirtschaftsgruppe heraus ohne Rücksicht auf die Wirkungen, die für die Gesamtwirtschaft ausgelöst wurden, so hat das Wort Kartell heute grundsätzlich einen anderen Sinn bekommen. In der neuen Wirtschaft ist die Marktordnung sozusagen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Diese Marktordnung geht meistens in der Form des Kartells, d. h. durch möglichst lückenlosen Zusammenschluß der Unternehmungen eines bestimmten Wirtschaftszweiges vor sich. Die Aufgabe der Kartelle hat in Wahrnehmung des gesamtwirtschaftlichen Interesses weniger in der Stabilisierung der Preise in Krisenzeiten als in einer organischen Angleichung des Angebotes an die voraussichtliche Nachfrage zu liegen. Marktforschung ist hierfür Voraussetzung, denn sie allein gibt die Möglichkeit, einen Preis zu finden, der einmal die Höchstaussnutzung der vorhandenen Werkanlagen, zum anderen eine maßvolle Rentabilität gewährleistet. Eine solche Regelung ist geeignet, jede Ueberproduktion und Ueberentwicklung eines bestimmten Wirtschaftszweiges zu verhindern.

Wenn sich die Marktordnung von heute der Form des Kartells bedient, so bilden diese „Kartelle“ ein völlig anders geartetes Bild, als die Gebilde einer vergangenen individualistischen Wirtschaftsepoche. Sie sollen und wollen heute neben der Existenzsicherung der Kartellmitglieder einen Ausgleich schaffen zwischen den Bedürfnissen der Erzeuger und der Verbraucher, und zwar den Ausgleich, der eine gleichmäßige, möglichst erschütterungsfreie Entwicklung der Gesamtwirtschaft verbürgt.

Wie Dr. Reichert in seinem Vortrag in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft anführte, ist es Aufgabe der Regierung, darüber zu wachen, daß das Gemeinschaftsgefühl der in den Kartellen vereinigten Unternehmer nicht etwa den Einzelegoismus durch einen hemmungslosen Gruppenegoismus ersetzt, sondern daß in den Kartellen das Verantwortungsgefühl, Diener der Gesamtwirtschaft zu sein, vorherrscht. Daß dieses Hinwenden zur Gemeinschaft möglich ist, hat z. B. das Deutsche Stickstoff-Syndikat im Jahre 1934 bewiesen, als es nach dem Beitritt der letzten Außenseiter die Preise für den größten Teil der stickstoffhaltigen Düngemittel um fast 7 vH. senkte, und zwar sogar rückwirkend ab 1. Juli 1933. Durch dieses Beispiel dürfte auch der Beweis gegeben sein, daß ein straffes Kartell, wie es z. B. auch der Stahlwerksverband ist, nicht immer mit einer ungerechtfertigten Preispolitik identifiziert werden muß, wenn es von der Auffassung ausgeht, zwar dem Erzeuger Schutz geben zu wollen, aber nicht auf Kosten des Verbrauchers. In dieser Richtung führt der Weg, der von der liberalistisch-kapitalistischen Auffassung von der Monopolfrage zu der nationalsozialistischen Auffassung einer gemeinschaftsorientierten Wirtschaftsordnung hinweist.

Marktordnung und Preisregelung, zwei Aufgaben, die den Begriff „Kartell“ in sich einschließen, müssen im Interesse der Gesamtwirtschaft liegen, was selbstverständlich das Interesse der Kartellmitglieder in sich einbezieht. Jedenfalls braucht eine maßvolle Kartellführung, die an die Bedürfnisse der Volksgemeinschaft denkt, gegen die berechtigten Interessen der Verbraucher nicht zu verstoßen und kann zugleich die Lage der Erfolgshaft der beteiligten Betriebe heben. Denn diesen Unternehmerverbänden stehen — wie Dr. Reichert sagt — viele Wege zur Produktionsförderung offen, z. B. die Verbesserung der Güte der Ware bei Aufrechterhaltung der Preise, Ersparnisse im Versand durch zweckentsprechende Zuteilung der Absatzgebiete, Verbilligung der Warenherstellung durch Normalisierung und Typisierung oder durch gemeinsame Absatzwerbung, Austausch von Betriebserfahrungen, Gründung von technisch-wissenschaftlichen Forschungsanstalten usw. Somit können die Kartelle in ihrer genossenschaftlichen Zusammenarbeit weit über die unmittelbaren Bedürfnisse der Regelung der Zahlungs- und Lieferungsbedingungen oder der Festsetzung von Erzeugungs- und Absatzmengen sowie der Marktpreise hinausgehen.

Eine richtige Kartellpolitik kann weder eine rein staatliche Planwirtschaft sein, noch eine planlose, nur auf die Initiative des einzelnen eingestellte Wirtschaft. Es ist das Verdienst unserer neuen Staatsführung, von Anfang an erkannt zu haben, wie falsch es ist, jede Kartellverbindung grundsätzlich zu verhindern, oder sich um bestehende Kartelle überhaupt nicht zu kümmern. Es ist selbstverständlich, wenn seit dem „nationalsozialisti-

schen Umsturz ein neuer Zug in der deutschen Kartellgesetzgebung zu beobachten ist. Wie in einem von Dr. Reichert, dem Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, Berlin, kürzlich im Karl Heymanns Verlag herausgegebenen, äußerst beachtenswerten Buch über „Die Kartellgesetze der Welt“, wobei aus der verwirrenden Vielgestaltigkeit von 40 Kartellgesetzen und -verordnungen, die in 22 Staaten erlassen worden sind, die wesentlichsten Bestimmungen registriert wurden, ausgeführt wird, ist der Markstein in der deutschen Kartellgesetzgebung seit 1933 von dem Zwangskartellgesetz vom 15. Juli 1933 gebildet. Getragen von dem gesunden Gedanken einer planmäßigen Steuerung der Produktion auf privatwirtschaftlicher Grundlage, darf sich die neue Wirtschaftsführung auch des Mittels der Bildung von Kartellen, sogar zwangsweise bedienen, wenn eine solche Organisation des Marktes zur Beseitigung von Schäden eines unregelmäßigen Wirtschaftswettbewerbs im Rahmen der Gesamtwirtschaft wünschenswert ist und bisher durch Selbstsucht einzelner Unternehmer oder einzelner Unternehmungen verhindert wurde. Bereits in der Vorkriegszeit, nämlich im Jahre 1910 war in einem Einzelfall, und zwar in der deutschen Kaliwirtschaft, ein Zwangssyndikat gebildet worden, ein Vorgang, dem bei Beginn des Weltkrieges ein Zwangssyndikat des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbergbaues gefolgt ist. Durch das Gesetz über Errichtung von Zwangskartellen vom 15. Juli 1933, das sich ungefähr in der gleichen Richtung bewegt, kann der zuständige Minister Unternehmungen zu Kartellen zusammenschließen, wenn es die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl geboten erscheinen lassen. Der Reichswirtschaftsminister kann im Falle einer solchen Zwangskartellierung die Rechte und Pflichten der Kartellmitglieder abweichend von den vertraglichen Bestimmungen regeln. Allgemein bekannt ist, daß der neue Staat von seinem Eingriffsrecht in zahlreichen Fällen bereits Gebrauch gemacht hat. Die bei freiwilligen Kartellen bei Vorliegen eines wichtigen Grundes mögliche fristlose Kündigung der Mitglieder ist jedoch beim Zwangskartell völlig ausgeschlossen. Ferner kann der Minister nach dem Zwangskartellgesetz zum Schutze kartellierter und nichtkartellierter Wirtschaftszweige zwecks Vorbeugung vor übermäßiger Entwicklung einer Industrie die Errichtung neuer Unternehmungen sowie die Erweiterung von Geschäftsbetrieben oder deren Leistungsfähigkeit unterbinden oder die Genehmigung von besonderen Bedingungen abhängig machen. Die veränderte Einstellung der deutschen Reichsregierung zu den Kartellen fand — wie in dem Buche von Dr. Reichert, das oben zitiert wurde, u. a. ausgeführt wird — im Jahre 1933 in dem sogenannten Zwangskartellierungsgesetz auch darin ihren Ausdruck, daß im Interesse der Marktregelung eine nichtamtliche, aber unparteiische „Einigungsstelle“ angerufen werden kann. Diese Anrufung kann sowohl von Betrieben, des beteiligten Gewerbes, wie vom Ministerium geschehen. Die Einigungsstelle ist bei der „Reichsgruppe Industrie“, früher Reichsverband der Deutschen Industrie genannt, gebildet worden. Ihre Tätigkeit vollzieht sich in völliger Freiwilligkeit. Die Einigungsstelle untersucht die Verhältnisse des in Betracht kommenden Gewerbebezuges und macht danach den beteiligten Industriellen sowie dem Reichswirtschaftsminister ihre Vorschläge zur Ausgestaltung der Marktordnung und führt geeignete neue Kartellvereinbarungen herbei. Diese Einrichtung hat sich zwei-

fellos bewährt, denn durch ihre Tätigkeit werden dem zuständigen Minister wie dem Kartellgericht manche schwierigen Entscheidungen erspart.

Als mit dem Neuaufbau und der damit verbundenen Belebung der Wirtschaft Preissteigerungen und demgemäß eine Senkung der Kaufkraft großer Teile der Bevölkerung zu befürchten waren, erließ unsere Regierung am 16. Mai 1934 eine Verordnung, wonach u. a. für lebenswichtige Gegenstände und Leistungen des täglichen Bedarfs die Festsetzung von Mindestpreisen, Mindestverarbeitungspreisen, Mindesthandelspreisen, Höchstmehrlöhnen oder Mindestzuschlägen, die nicht die Einwilligung der zuständigen Preisüberwachungsstelle haben, verboten wird, ausgenommen wurden landwirtschaftliche Erzeugnisse und Leistungen. Der im Herbst 1934 vom Führer und Reichskanzler eingesetzte Reichskommissar für Preisüberwachung wurde ermächtigt, seinerseits neue Verordnungen zu erlassen; er ordnete gegen Ende des Jahres 1934 zunächst eine Anmeldepflicht für alle Preisbindungen und -änderungen seit dem 1. Juni 1933 an. Gleichzeitig wurde verkündet, daß die Verbände und andere Zusammenschlüsse nur mit Einwilligung des Reichskommissars oder der bevollmächtigten Stellen etwaige Preiserhöhungen vornehmen dürfen. Außerdem hat der Reichskommissar in die Vergebung öffentlicher Aufträge eingegriffen, indem er Verhandlungen und Vereinbarungen unter den Bewerbern von seiner Einwilligung abhängig macht.

Der nationalsozialistische Staat stellt sich zum Problem der Marktregelung grundsätzlich positiv ein. Dieser Äußerung von Prof. Dr. Lehnich, die er im Rahmen des eingangs näher benannten Vortrages tat, ist um so größere Bedeutung beizumessen, als der Redner Vorsitzender des Kartellausschusses der Akademie für Deutsches Recht ist und in dieser Eigenschaft an der gesetzlichen Gestaltung eines neuen, den Grundsätzen nationalsozialistischer Rechts- und Wirtschaftsordnung angepaßten Kartellrechtes verantwortlich mitarbeitet. Der neue Staat will — ebenfalls nach Prof. Lehnich — das wirk-

liche Leben erfassen und lehnt es ab, jeden Wirtschaftszweig nach dem gleichen Rezept zu behandeln. Z. B. schuf er auf dem Gebiete der Landwirtschaft eine sehr weitgehende Regelung und ließ auch auf manchen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft eine einschneidende Marktregelung zu, während er auf der anderen Seite verhindern will, daß die Wirtschaft in einen Erstarrungszustand gerät. Wo es irgend möglich ist, wo es die Gestaltung der Selbstkosten des Wirtschaftszweiges zuläßt, sieht er die beste Marktregelung in der Erhaltung der Marktfreiheit. Der nationalsozialistische Staat versteht also unter Marktregelung keineswegs nur die Bindung des Marktes. Daher darf die Marktregelung immer nur im Rahmen der Gesamtwirtschaft und der gesamten Wirtschaftspolitik gesehen werden. Bei dem neuen Marktregelungsrecht handelt es sich nicht um eine Ausnahmeregelung, sondern um ein allgemeines und umfassendes Recht, bei dem Vorsorge getroffen werden muß, daß die ganze staatliche Marktregelungspolitik in einer verantwortlichen Hand vereinigt ist, und daß diese Spitze in enger Verbindung mit der Leitung der allgemeinen Wirtschaftspolitik steht. Der tragende Gedanke des neuen Marktregelungsrechtes wird die Erkenntnis sein, daß die Regelung des Marktes nicht nur deshalb durchgeführt wird, weil sie im Interesse der Privatwirtschaft dringend geboten erscheint, sondern weil der Staat in dem einzelnen Wirtschaftszweig eine bestimmte Gestaltung des Marktes wünscht und diese Gestaltung vornimmt, um auf diese Weise das sich gesetzte wirtschaftspolitische Ziel zu erreichen. Die restlos gebundene Wirtschaft ist nicht das Ideal des nationalsozialistischen Wirtschaftssystems, denn letzten Endes muß das Risiko bei dem einzelnen Unternehmer bleiben, wenn nicht die Unternehmerinitiative ernstlich gehemmt werden soll. Aber ebenso einseitig wäre der Standpunkt, daß die beste Wirtschaft eine vollkommen freie und ungebundene ist, denn grade in unserer Zeit sind große Kapitalfehlleitungen unbedingt zu vermeiden. Die Vergangenheit ist an Beispielen reich genug, wohin völlig ungebundene Verhältnisse im Wirtschaftsleben führen können.

Dr. Rudolf Eick, Direktor bei der Reichsbank:

Deutschlands Rohstoffversorgung*

Soeben erscheint im Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik G.m.b.H., Berlin SW 68, eine Schrift von Dr. Eick unter dem Titel „Warum Außenhandel?“ (Preis 2,40 RM). Die sehr wertvolle Broschüre, die mit Schaubildern und reichem Tabellenmaterial ausgestattet ist, vermittelt ein anschauliches Bild über alle Gegenwartsfragen der deutschen Außenwirtschaft sowie der Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Ihr Inhalt ist gerade auch aus dem Gesichtspunkt der Sozialpolitik so wichtig, daß die Schriftleitung sich unmöglich mit einer kurzen Besprechung begnügen konnte. Im folgenden gibt der Verfasser deshalb auf Ansuchen der Schriftleitung einen kurzen Ueberblick über die Hauptprobleme der deutschen Rohstoffversorgung. Die Ausführungen lehnen sich an den Teil der Schrift an, in dem diese Fragen ausführlicher, als es im Rahmen des folgenden Aufsatzes geschehen konnte, behandelt worden sind. Die Broschüre enthält weiterhin eine eingehende Darstellung über den

Stand der deutschen Nahrungsmittelversorgung sowie eine gemeinverständliche, fesselnde Schilderung unserer gesamten wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande einschließlich des Auslandsschuldenproblems. Es wird ganz besonders auf sie hingewiesen.

Die Schriftleitung.

I. Die Bedeutung des Außenhandels

Der Außenhandel ist für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben von großer Bedeutung. Eine hinreichende Ausfuhr muß die Devisen für die auskömmliche Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln schaffen. Die deutsche Industrie ist in großem Umfange auf die Versorgung mit ausländischen Rohstoffen angewiesen. Es braucht nur an die starke Einfuhrabhängigkeit der Textilindustrie, der Eisen- und Gummiindustrie erinnert zu werden; ferner an den Rohstoffbedarf der Leder- und Pelzindustrie, der elektrotechnischen

* Wir entnehmen diesen Aufsatz, der unsere Leser besonders interessieren muß, dem „Reichsarbeitsblatt“ 16 (1936) II, 143—146.

und die Fertigwareneinfuhr etwa 20 vH. der Gesamteinfuhr aus.

Ogleich sich die Rohstoffeinfuhr somit in den letzten Jahren gut entwickelt hat, ist sie bei der starken Wirtschaftsbelebung, die einen hohen Materialwert nach sich gezogen hat, hinter dem Bedarf zurückgeblieben. Im vorigen Jahre mußten manche Industriezweige, wie aus den Geschäftsberichten ersichtlich ist, weitgehend auf Lagerbestände zurückgreifen, um eine volle Beschäftigung ihrer Werke durchzuhalten.

III. Die Umlagerung der Einfuhr

Völlig verfehlt wäre es, anzunehmen, daß die Sicherstellung der notwendigen Einfuhren stets reibungslos vor sich gegangen ist. Im Gegenteil, bei der ständigen Verschlechterung der Lage der deutschen Außenwirtschaft hat die deutsche Wirtschaftspolitik erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, um die dringend erforderlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel in genügender Menge aus dem Auslande hereinzuholen. Da die notwendigen Bardevisen fehlen, um Rohstoffe in den gewohnten Lieferländern Deutschlands in Uebersee einkaufen zu können, mußten oftmals langwierige Verhandlungen mit neuen Bezugsländern aufgenommen werden, die bereit und in der Lage waren, mit uns Tauschgeschäfte abzuschließen. Die deutsche Einfuhr ist hierdurch bedeutenden Umlagerungen ausgesetzt worden. Solche Umlagerungen sind auf fast allen Gebieten der deutschen Einfuhrwirtschaft erkennbar.

Die Entwicklung der Wolleinfuhr zeigt den ständigen Rückgang der Bedeutung Australiens als Bezugsgebiet für Deutschland. Die Hauptwolllieferanten Deutschlands sind heute die Südafrikanische Union und Argentinien. Bei der Baumwolle zeigt sich deutlich der sinkende Anteil der Vereinigten Staaten an der Belieferung Deutschlands. Brasilien, das früher als Baumwolllieferant Deutschlands überhaupt keine Rolle spielte, steht jetzt nach U.S.A. an zweiter Stelle. Daneben sind Aegypten und Britisch-Indien noch die wichtigsten Lieferanten von Baumwolle. Bei der Einfuhr von Mineralölen tritt die schwindende Bedeutung der Vereinigten Staaten ebenfalls zutage. Die größten Lieferländer für Mineralöl sind heute Rumänien, trotz der Schrumpfung noch U.S.A. sowie sonstige amerikanische Länder und Rußland. Verschiebungen zuungunsten der Vereinigten Staaten zeigen sich auch bei der Kupfereinfuhr. Die größten Kupferlieferanten Deutschland sind heute die Südafrikanische Union und Rhodesien, U.S.A., Chile und Belgisch-Kongo.

Durch diese Umlagerung der Einfuhr auf neue Lieferländer ist es gelungen, den dringlichsten Bedarf Deutschlands an den wichtigsten Rohstoffen zu decken. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß die Einfuhrumlagerungen manche Erschwernisse für die deutsche Wirtschaft zur Folge gehabt haben. Zuweilen ist ein Qualitätswechsel in den eingeführten Rohstoffen eingetreten, der eine Umstellung in den deut-

schen Industriebetrieben nach sich zog. Man denke nur an den Uebergang von der australischen Kammgarnwolle zu der etwas gröberen südafrikanischen Wolle. Die Preisgestaltung ist bei den Rohstoffeinkäufen in den neuen Lieferländern in vielen Fällen ungünstiger als bei der Deckung unseres Bedarfs an den altgewohnten Bezugsquellen. So war im Jahre 1935 brasilianische Baumwolle bedeutend teurer als nordamerikanische. Weiter seien nur die kostspieligen Aenderungen in der deutschen Seeschifffahrt, die mit den Einfuhrumlagerungen verbunden sind, genannt.

Neben dieser Umlagerung der deutschen Einfuhr auf z.T. neue Lieferländer hat die Einfuhr noch eine weitere Umschichtung erfahren. Es handelt sich darum, daß an Stelle des Rohstoffes im Urzustande heute vielfach ein mehr oder weniger verarbeitetes Produkt eingeführt werden muß. Der Nachteil, den diese Entwicklung für den Einsatz deutscher Arbeitskräfte bedeutet, ist nur zu offenbar. Die Heranziehung von bereits bearbeiteten Rohstoffen bringt zudem auch eine Einfuhrverteuerung mit sich und verschlechtert dadurch den Devisenhaushalt. Für eine Uebergangszeit ist Deutschland vielfach zu solchen Kompromissen gezwungen worden, um die lebenswichtige Rohstoffversorgung überhaupt aufrechtzuerhalten. Diese Entwicklung zeigt sich besonders auf dem Gebiete der Textilindustrie. Die Einfuhr an Rohbaumwolle aus Uebersee ist gesunken, die Einfuhr von Abfallbaumwolle und Baumwollgarnen aus Europa dagegen bedeutend gestiegen. Die Wolleinfuhr aus Uebersee ist beträchtlich zurückgegangen, die Einfuhr von Kammzügen aus den europäischen Ländern hat dagegen zugenommen.

Die Umlagerungen und Umschichtungen in der deutschen Einfuhr, die mit gewissen Nachteilen verbunden sind, werden von Deutschland getragen werden müssen, bis sich die deutschen Handelsbeziehungen wieder mehr auf unsere wirklichen Bedürfnisse eingespielt haben werden. Die Einfuhr Deutschlands hängt heute im wesentlichen von der Aufnahmebereitschaft der einzelnen Länder für deutsche Waren ab. An die Stelle des mehrseitigen Handelsverkehrs, bei dem freie Devisenverwendung finden, ist heute mehr und mehr der zweiseitige Tauschverkehr getreten. Die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Auslande haben sich hierdurch stark verschoben.

Die Umstellung unserer Einfuhr hat sich auch in der Bezahlung nicht immer so glatt abgewickelt, wie man annehmen könnte. Unsere neuen Handelspartner waren oft nicht in der Lage, uns in dem Ausmaße Waren abzunehmen, wie es erforderlich ist, damit die deutschen Einfuhren ihre pünktliche Bezahlung finden. Es sind vielmehr größere Einfuhrschulden entstanden. Die noch nicht übertragenen Forderungen des Auslandes, die sich im wesentlichen auf den Konten, die bei der Deutschen Verrechnungskasse geführt werden, niedergeschlagen haben, betragen Anfang 1936 noch über 500 Millionen Reichsmark.

IV. Die Möglichkeiten der Selbstversorgung.

Bei dem schwierigen Außenhandelsgeschäft erfordert heute die Frage der Selbstversorgung Deutschlands mit Rohstoffen das besondere Interesse der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Politik der Selbstversorgung, die Deutschland einzuschlagen genötigt ist, verfolgt nicht den Zweck, uns vom Weltmarkt systematisch abzuschließen, sondern ist eine Folge der harten Notwendigkeit, in dem gegenwärtigen Chaos der Weltwirtschaft leben und arbeiten zu müssen.

Den bei weitem größten Teil der Rohstoffeinfuhr mit einem Betrage von jährlich etwa 700 Mill. RM stellen die Textilrohstoffe dar. Deutschland führt in erster Linie Wolle und Baumwolle und daneben in geringeren Mengen Flachs, Hanf und Jute ein. Die Versorgung der deutschen Textilindustrie mit Wolle aus heimischer Erzeugung ist durch den andauernden Niedergang der Schafzucht von Jahr zu Jahr schlechter geworden. Zur Zeit werden nur etwa 8 vH. des gesamten Rohstoffbedarfs an Wolle im eigenen Lande erzeugt. Der zweitwichtigste Textilrohstoff, die Baumwolle, wächst in Deutschland nicht. Der Anteil der inländischen Erzeugung an dem Verbrauch von Flachs beträgt heute etwa 10 vH. Am niedrigsten ist der gegenwärtige Stand der Selbstversorgung Deutschlands bei Hanf, Jute und Seide. Der Anteil der inländischen Erzeugung am Verbrauch liegt bei diesen Rohstoffen unter 1 vH. Die Eigenherzeugung an textilen Rohstoffen bestand im Jahre 1934 aus etwa 40 000 t Kunstseide, 12 000 t Stapelfaser (neuerdings als Zellwolle bezeichnet), 15 000 t Wolle, 8 500 t Flachs, 500 t Hanf und schätzungsweise 10 000 t Altstoffen. Diese rund 86 000 t stehen einem Gesamtverbrauch von 850 000 t gegenüber. Die Maßnahmen, die zur Sicherstellung der Rohstoffbasis der Textilindustrie in Angriff genommen worden sind, bestehen zunächst in der weiteren Streckung der Baumwolle durch Verarbeitung deutscher Kunstspinnfasern. Die Erzeugung von Zellwolle gewinnt hier immer größere Bedeutung. Die Kunstseidenproduktion wird nach Schätzungen von Fachleuten allmählich auf das Fünffache der jetzigen Erzeugung erweitert werden können. Die Reichsregierung trifft ferner umfassende Maßnahmen zur Förderung der Schafzucht, die bisher schon bewirkt haben, daß der Bestand an Schafen in den letzten beiden Jahren um fast eine Million Tiere auf 4 Millionen Schafe gestiegen ist. Vorgesehen ist ferner eine bessere Verwertung von Textilabfällen; hierdurch können schätzungsweise 50 000 t Textilrohstoffe erspart werden. Es ist als zweckdienlich bezeichnet worden, die deutsche Selbstversorgung in Textilrohstoffen so weit zu fördern, daß in einigen Jahren eine Eigenproduktion von etwa 500 000 t erreicht wird; das wäre über die Hälfte des Bedarfs.

Neben den Textilrohstoffen nehmen die Metalle und Erze den größten Raum in der deutschen Einfuhr von Rohstoffen ein. Auch auf dem Gebiete der Metallwirtschaft sind bereits Wege gefunden worden, um mehr

als bisher deutsche Rohstoffe zu verwenden. Die eigene Kupfergewinnung, die heute jährlich 30 000 bei einem Bedarf von etwa 300 000 t beträgt, läßt sich noch etwas vermehren. Eine Steigerung der deutschen Bleierzförderung, die 60 000 t bei einem Bedarf von 170 000 t ausmacht, wird gleichfalls versucht. An Zink verbrauchte Deutschland 1934 etwa 180 000 t, wovon 124 000 t im Inlande gewonnen wurden; eine energische Steigerung kann volle Selbstversorgung ermöglichen, zumal die Zinkerzförderung noch 1913 etwa 250 000 t betrug. Die heimischen Lagerstätten an Mangan erbringen heute jährlich etwa 180 000 t bei einem Bedarf von etwa 360 000 t. Dagegen sind deutsche Vorkommen an Nickel, Chrom und Wolfram kaum nennenswert. Neben der Ausnutzung eigener Erzvorkommen kommt bei der Umstellung unserer metallischen Rohstoffbasis dem allerjüngsten der wichtigeren Nicht-eisenmetalle, dem Aluminium, eine große Bedeutung zu. Die Produktion von Aluminium steigt sprunghaft an. Hierdurch ist die deutsche Einfuhr an Bauxit, dem Aluminiumrohstoff, beträchtlich gestiegen. Die deutsche Eigenproduktion an Bauxit deckt heute nur etwa 1 vH. des Bedarfs. Bauxit stellt jedoch einen besonders billigen Rohstoff dar, der unsere Devisenbilanz nicht stark belastet; der Inlandskostenanteil beträgt bei Aluminium etwa 93 vH. des Wertes. Außerdem besteht die Möglichkeit, die deutschen aluminiumhaltigen Ton- und Lehmvorkommen mehr als bisher zu erschließen, so daß Deutschland bei der Aluminiumherstellung nach und nach in stärkerem Umfange auf heimische Quellen zurückgreifen kann.

Die deutsche Holzeinfuhr stellte sich im Jahre 1935 auf 227 Mill. RM. Die deutsche Forstwirtschaft vermag zur Zeit den Bedarf an Nutzholz zu etwa 75 vH. zu decken. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß nur die Hälfte unserer eigenen Holzerzeugung als Nutzholz Verwendung findet, nämlich als Bau-, Werk-, Papier-, Grubenholz und dergleichen. Ueber 25 Millionen Festmeter dienen als Brennholz. Wie Generalforstmeister von Keudel am 21. Juli 1935 ausgeführt hat, ist die Verwertung einer so großen Menge als Brennholz auf die Dauer weder zweckmäßig noch durchführbar, obgleich Brennholz heute noch in reichem Maße vorhanden ist. Holz ist ein vielseitiger Rohstoff. Aus Holz können die verschiedensten Erzeugnisse gewonnen werden. Die Faserstoffchemie wird für die Produktion von Gespinnstfasern aller Art, von der juteähnlichen Faser bis zur feinen seiden- und wollähnlichen Faser, in steigendem Maße auf den Rohstoff Holz zurückgreifen können, wenn die erfolgversprechenden technischen Untersuchungen zum Ziel geführt haben. Die Anwendung neuerer Verfahren macht deutsches Holz auch für die Papier- und Zellstoffgewinnung mehr und mehr geeignet.

Der Bedarf an Fellen und Häuten, den Rohstoffen der Lederwirtschaft, wird von der deutschen Landwirtschaft heute nur zu etwa der Hälfte aus eigener Erzeugung gedeckt. Felle und Häute stellen ein wichtiges Nebenprodukt bei

der Viehverwertung dar. Eine Steigerung der heimischen Erzeugung läßt sich nur durch eine Vermehrung des deutschen Viehbestandes ermöglichen, der jedoch die Schwierigkeiten der Futterbeschaffung und der Verwertung des anfallenden Fleisches entgegensteht. Der Bedarf an einzelnen Sorten von Fellen und Häuten, insbesondere solchen, die als Sohlleder Verwendung finden, dürfte sich im Inlande nur schwer decken lassen.

In der Mineralölversorgung ist Deutschland ebenfalls auf hohe Einfuhren angewiesen. Der große Einfuhrbedarf und die Armut Deutschlands an eigenen Erdölquellen hat zur Anwendung neuer Herstellungsverfahren geführt. Die reichen Schätze Deutschlands an Steinkohle und Braunkohle werden heute im Wege der sogenannten Kohleverflüssigung in den Dienst der Oelgewinnung gestellt. Auf Grund der von der Regierung und der Industrie ergriffenen Maßnahmen sollen demnächst bereits 2 Millionen Tonnen aus heimischen Rohstoffen gedeckt werden.

In bezug auf Kohle ist Deutschland nicht nur autark, sondern sogar in der Lage, große Posten an das Ausland abzugeben. Wenn Deutschland im vergangenen Jahre für 85 Mill. RM Kohlen eingeführt hat, so handelt es sich hier zum Teil um Spezialkohlen, wie englische Anthrazit- und Schmiedekohlen, die sich zur Not auch durch deutsche Kohlen ersetzen lassen. Der Kohleneinfuhr stand im vergangenen Jahre eine Kohlenausfuhr im Betrage von 367 Mill. RM gegenüber.

Unter den sonstigen Rohstoffen, die Deutschland einführt, befindet sich eine Reihe von Erzeugnissen, die für die deutsche Wirtschaft lebenswichtig sind, z. B. chemische Rohstoffe, Kautschuk, Fette für gewerbliche Zwecke usw. Ein vollwertiger Ersatz dieser Rohstoffe durch heimische Erzeugnisse dürfte vorerst nur zum Teil in Frage kommen können. Eine besonders schwere Belastung bedeutet die Notwendigkeit der Kautschukeinfuhr. Kautschuk wird in Deutschland im Wege des Regenerationsverfahrens aus Altgummi gewonnen. Der Durchschnitt der Regeneratverwendung wird auf etwa 20 vH. des Gesamtverbrauchs geschätzt. Daneben kommt der Herstellung von synthetischem Gummi wachsendes Interesse zu. Mit dem Bau der ersten Anlagen zur Erzeugung des künstlichen Gummis ist bereits begonnen worden.

Die Neuorientierung der deutschen Wirtschaft auf heimische Rohstoffe erfordert neben der technischen Seite die Lösung einiger wichtiger anderer Probleme, und zwar insbesondere finanzieller und preispolitischer Art. Innerhalb des Finanzierungsproblems stehen die großen Anlagen, die zur Erzeugung von künstlichem Benzin geschaffen werden, an erster Stelle. Abgesehen von den Leunawerken sind augenblicklich noch im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, im Ruhrgebiet und in Oberschlesien Anlagen zur Benzingerwinning im Bau. Neben der Finanzierung der Benzingerwinning sind weiterhin erhebliche Aufwendungen für die neue deutsche Kunstspinnfasererzeugung notwendig. Bei der Größe der für solche Anlagen notwendigen Beträge und der knappen deutschen Kapitaldecke ist es von besonderer Wich-

tigkeit, Fehlinvestitionen zu vermeiden und die durch die Festlegung gewaltiger Kapitalien errichteten Betriebe einigermaßen rentabel zu gestalten. Die Finanzierung wird unter Mitwirkung der öffentlichen Hand erfolgen müssen. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß der Staat im Rahmen der Arbeitsbeschaffung bereits große Aufgaben übernommen hat, deren Finanzierung ihn bereits weitgehend auf Kredit zurückgreifen läßt.

Das zweite Problem bei der Eigengewinnung von Rohstoffen ist die Preisfrage. Ein großer Teil der neuen deutschen Werkstoffe kommt teurer zu stehen als die natürlichen, aus dem Ausland hereinkommenden Rohstoffe. So stellen sich z. B. die Herstellungskosten für künstliches Benzin weit höher als der Preis für natürliches Benzin; Auslandsbenzin kostet in Hamburg etwa 6 Pfg. je Liter, synthetisches Inlandsbenzin etwa 21 Pfg. beim deutschen Erzeuger. Die Gewebe, die aus einer Mischung von Baumwollfasern und Kunstfasern hergestellt werden, sind heute noch etwa 30 bis 40 vH. teurer als reine Baumwollstoffe. Die Herstellung synthetischen Gummis kostet nach Pressemeldungen mehr als das Doppelte der Preise für Gummi aus natürlichem Kautschuk. Bei den anderen künstlich hergestellten neuen Werkstoffen liegen die Dinge ähnlich. Die Ausbeutung von bisher unrentablen heimischen Produktionsstätten, wie Kupferbergwerken, Zinkhütten usw., sowie die rationellere Verwertung des anfallenden deutschen Holzes ist mit großen Unkosten verbunden. Auf die Dauer gesehen wird es aber möglich sein, die Kosten für manche heimischen Produkte zu senken. Ein Beispiel hierfür bietet die Kunstseide, die im Laufe der Jahre ganz erheblich verbilligt worden ist. Die Erhöhung der Produktionskosten, die infolge der Rohmaterialverteuerung mit der Umstellung auf neue Werkstoffe verbunden ist, muß nach Möglichkeit durch Kostensenkungen auf anderen Gebieten, außer den Löhnen natürlich, ausgeglichen werden.

Neben dem Preisproblem spielt die Qualitätsfrage eine große Rolle. Die deutsche Wirtschaft wird großen Wert darauf legen müssen, die Qualität heimischer Werkstoffe so zu gestalten, daß sie allen Anforderungen genügen. In manchen Fällen wird die Qualitätsfrage zunächst Schwierigkeiten bereiten. Deutschland wird aber als Land mit hohem Lebensstandard und eines der größten Ausfuhrländer der Welt der Qualität seiner Erzeugnisse stets besondere Aufmerksamkeit schenken. Die Verwendung heimischer Rohstoffe kommt daher vorerst im allgemeinen nur für denjenigen Teil der deutschen Erzeugung in Frage, der seinen Absatz auf dem Inlandsmarkt findet. Bei allen Maßnahmen wird darauf Rücksicht zu nehmen sein, daß Deutschland der Welt seine überall als wertvoll anerkannten Erzeugnisse auch weiterhin in gleichbleibender Qualität liefern kann.

Alle auf dem Gebiete der Selbstversorgung erzielten und noch in Aussicht stehenden Erfolge dürfen uns nicht davon abhalten, den Außenhandel nach Kräften zu fördern. Die Maßnahmen zur Selbstversorgung sind in der heutigen

Zeit des Darniederliegens der Weltwirtschaft zwar wichtig, dürfen aber nicht dazu führen, Deutschland, das als Industrieland und Großmacht wertvolle weltwirtschaftliche Beziehungen unterhält, wirtschaftlich abzukapseln. Ohne Welthandel ist an eine Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Völker, ihrer Kultur und — das sei besonders betont — auch ihrer Volkszahl und Volkskraft überhaupt nicht zu denken. Bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft, die wie die aller Industrieländer eng mit der Weltwirtschaft verknüpft ist, kann eine anhaltende Wirtschaftsbelebung ohne Pflege der Weltmarktbeziehungen auf die Dauer nicht von Erfolg begleitet sein. Dazu sind für die deutsche Wirtschaft die Wechselbeziehungen zwischen Produktion, Bevölkerungszahl, Lebenshaltung und Außenhandel zu umfangreich und zu zwangsläufig.

Die reibungslose Fortführung der Arbeitsschlacht und die Erfüllung der sonstigen staatspolitischen Notwendigkeiten beruhen nicht zum geringsten auf einer ausreichenden Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen. Die Führung der deutschen Wirtschaftspolitik ist sich bewußt, daß die Frage der Rohstoffversorgung ohne Intensivierung der Beziehungen Deutschlands zum Auslande nicht gelöst werden kann. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat mehr als einmal erklärt, daß kein Volk sich auf die Dauer ohne schwere Schädigungen vom Weltmarkt abschließen kann. Deutschland macht daher die äußersten Anstrengungen, um unter Anspannung aller Kräfte die deutsche Ausfuhr zu heben und damit die Versorgung des Landes mit den zum Leben und zum Wirtschaften erforderlichen Rohstoffen zu sichern.

Im Spiegel der Zeitschriften

In einem stürmischen Zeitmaß hat sich der Film bzw. das Filmtheater, besonders seit der Entwicklung des Tonfilms, eingebürgert und ist zu einem einflußreichen Faktor geworden, mit dem sich wohl jedermann auseinandersetzen muß. Deshalb beansprucht eine Abhandlung von Heinrich Guthmann: „Umwertung aller Filmwerte“ in 1 „Hochschule und Ausland“ (Mai-Heft 1936) allgemeines Interesse.

Der Verfasser geht von einer Umfrage der „Saalezeitung“, Halle, aus, deren Frage, welche Filme am besten gefallen und welche am meisten enttäuscht haben, 1621 Antworten mit 4863 Urteile ergeben hatte. Das Ergebnis der Umfrage sei im Hinblick sowohl auf das Alter und Geschlecht der Antwortenden wie auf den Leserkreis dieser Zeitung als unbedingt bindend und für die deutsche Allgemeinheit gültig anzuerkennen. Mit verblüffender und bisher nicht erwarteter Instinktsicherheit hat das Urteil diejenigen Filme ergeben, die objektiv und allgemein im letzten Jahre als die besten deutschen Filme anerkannt wurden. Ebenso zielsicher wurden bestimmte Filme abgelehnt. Aus diesem Ergebnis sei festzustellen, daß es den sogenannten „Publikumsgeschmack“ — fälschlicherweise mit schlechtem Geschmack gekennzeichnet — nicht gibt, und daß der oft gebrauchte Hinweis, der „Publikumsgeschmack“ erschwere das Ringen um eine größere künstlerische Güte im Film, nicht stichhaltig ist. Das führt den Verfasser dazu, die Grenzfrage aufzuwerfen, ob ein Film überhaupt ein Kunstwerk sein kann und ob Vergleiche mit „anderen“ Kunstgattungen überhaupt möglich sind. Zur Klarstellung zeigt er die Wege auf, die die Entwicklung aller Künste gegangen ist und stellt fest, daß am Anfang nicht die Technik, sondern der Wille zur Schöpfung stand. Aber: „Beim Film... stand am Anfang nicht der künstlerische Trieb, sondern eine technische Erfindung. Damit ist alles gesagt.“ Ueber eine Erörterung des Begriffes eines „Kunstwerkes“, der „Notwendigkeit der künstlerischen Einheit“ kommt der Verfasser zu dem Urteil, daß die

vielfach oder sogar normalerweise geübte Methode der Filmherstellung keine „organische Einheit“ entstehen läßt, daß ein solcher Film „eine mit Hilfe von Kunstwerkstücken zusammengewürfelte technische Schöpfung“ sei. So ist „der Weg, den der Film in den Jahrzehnten seit seiner Erfindung bis zum heutigen Tage gegangen ist, ein Leidensweg des menschlichen Geistes und der menschlichen Seele...“ und der Kampf ist noch nicht entschieden. Die einfache Frage sei zu stellen: „Kann es aber in Wahrheit eine Kunstwerke herstellende Industrie geben?“ Denn ein Filmwesen entscheide zwar nicht mehr ausschließlich, aber maßgebend eine „Filmindustrie“. Doch: „Praktische Ansätze zur Umwertung“ seien zu sehen, und zwar in dem Film des Reichsparteitages (Riefenstahl), in einigen Filmen der Filmindustrie selbst („Flüchtlinge“, „Verlorener Sohn“, „Der alte und der junge König“, „Friesennot“ u. a.) und schließlich in den Arbeiten der „NS-Kulturgemeinde“ („Ewiger Wald, ein Film von deutscher Art“). Das Ringen um den Film möge erkannt werden als Folgerung deutschen Denkens und der deutschen Kulturgeschichte, die als ständiger Prozeß der Selbstprüfung der deutschen Seele zu begreifen sei.

*

Der „Sport“ hat mit Recht eine ständig wachsende Bedeutung in unserem völkischen Leben gewonnen. Und in diesem Jahre wird die allgemeine Aufmerksamkeit in besonderem Maße durch die „Olympiade 1936“ in Berlin auf den Sport gelenkt. Aber gerade der Umstand, daß die „Olympiade“ selbst wie verschiedene ihrer Sportarten von den Griechen das Vorbild erhalten haben, könnte die noch verbreitete Meinung bestärken, daß unser neuzeitiger Sportgeist überhaupt von den Griechen übernommen wurde. Wie die Dinge in Wahrheit liegen, das zeigt Rudolf Ströbel in einem bebilderten Aufsatz „Germanischer Sport“ in der Zeitschrift² „Germanenerbe“ (1. Jahrgang, Heft 1, Mai 1936) auf.

² Monatsschrift für Deutsche Vorgeschichte. Amtliches Organ des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte und der Hauptstelle Vorgeschichte des Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Schulung und Erziehung der NSDAP. — Leipzig: Kurt Kabitisch, Verlag. — Einzelheft 0,60 RM, vierteljährlich 1,80 RM

¹ Monatsschrift für deutsche Kultur und zwischenvölkische Zusammenarbeit. Organ des Deutschen Akademischen Austauschdienstes e. V. — Berlin W 35: Herbert Stubenrauch Verlagsbuchhandlung. — Einzelheft 1,— RM, vierteljährlich 2,50 RM.

Gewiß hat, wie der Verfasser darlegt, das Griechentum dem heutigen Sport viele Anregungen, namentlich in seinen äußeren Formen, gegeben, und der wiedererwachte Sportgeist des Nordens hielt sich an die überkommenen Quellen, die im wesentlichen aus dem alten Griechenland stammten, von dem es auch Begriffe wie Stadion (wir sagen heute „Sportfeld“), Athletik, Gymnastik u. a. übernahm. Trotzdem: was wir aus dem Mittelalter oder aus heutigem Volksbrauch an Sport kennen, das geht fast ganz auf germanisches Erbe zurück. Und: „dieselbe Einstellung, die wir heute als höchste Sportgesinnung preisen, tritt uns überall in den germanischen Heldenliedern entgegen“ (Beispiel: die Edda). Viele Sportarten zeigen auch in ihren äußeren Formen den germanischen Ursprung; so die Ringer der Schweiz, die gleiche Griffe benutzen, wie sie aus den isländischen Sagas bekannt sind; so Sportschilderungen aus dem Nibelungenliede (Ringeln, Wettlauf, Speerwurf, Steinstoßen, Weitsprung). Der erste Gestalter des neuen Sports, Turnvater Jahn, hat in richtiger Erkenntnis der Ueberlieferung nicht die Griechen und Römer, sondern die eigenen Altvorderen als Vorbild hingestellt.

Gegenüber den uns von den Griechen und Römern überkommenen Quellen sind die Zeugnisse germanischen Sportes dürftig. Erst neuere und neueste Ausgrabungen haben Zeugen germanischer Sportgeräte zutage gefördert. Wenn es an bildlichen Darstellungen, im Gegensatz beispielsweise zum alten Griechenland, aus dem germanischen Sportleben mangelt, so deshalb, weil die vorgegeschichtliche Kunst der Germanen „keine darstellende, sondern eine Schmuckkunst von unerhörter Kraft war, die allein durch die reine Form und nicht durch die Wiedergabe bestimmter Pflanzen, Tiere und Menschen wirken sollte“. Doch zeigen schwedische Felsbilder aus der Bronzezeit auch germanische Sportdarstellungen, u. a. einen Schiläufer.

Der Sport ist rassebedingt, es kommt weniger auf die betriebenen Sportarten an als darauf, wie Sport betrieben wurde. Die im germanischen Ursprung wurzelnde Sportgesinnung prägt sich in der ganzen Stellung zum Körperlichen aus; die Einstellung zum Körper, sinnfällig durch die Kleidung ausgedrückt, ist beim nordischen Menschen grundsätzlich anders als beim Orientalen, der Körper und Seele scharf trennt und dem Körper minderen Rang zuweist. Die aus Ausgrabungen neuerdings erlangten Erkenntnisse zeigen auch bei der Körperpflege diesen Geist: aus der Bronzezeit Kämme, Bestecke zur Körperpflege. Und „die Seife ist eine germanische Erfindung, die die Römer von unseren Vorfahren übernommen haben“.

Ausführlich behandelt der Verfasser die „germanische Sportgesinnung“, wobei er darauf hinweist, daß wir mit der Ablehnung des Spezialistentums ebenso auf dem Boden germanischer Anschauung stehen wie mit der Ablehnung des „Berufssportlertums“. Daß auch die Frauen sportliche Leistungen schätzten, wird an vielen Beispielen aufgezeigt. Schließlich wird die Frage erörtert, ob der olympische Gedanke nicht nordischen Ursprunges sei, was der Verfasser bejaht.

„Das **Weltschrifttum der Technik** ist so gewaltig, daß auch kleine und kleinste Gebiete von einer wahren Literaturflut überschwemmt werden. Gegenüber dem Uebermaße an Produktion nimmt ein großer Teil der Industrie eine etwas fragwürdige Abwehrstellung ein, indem er sich um das Schrifttum überhaupt möglichst wenig

kümmert; aber auch in anderen Kreisen der Technik wird das Bestreben der Schrifttumsauswertung in seiner Bedeutung für Theorie und Praxis unterschätzt...“ Damit macht Dr. A. Predeek, Bibliotheksdirektor der Technischen Hochschule zu Berlin, in einem Aufsatz: „Die Nachweisung und Nutzbarmachung des technischen **Weltschrifttums**“ in³ „**Deutsche Technik**“ (4. Jahrgang, Juni-Heft 1936) eine Feststellung, die jeder literarisch interessierte Ingenieur im allgemeinen bestätigen und der er hinzufügen wird, daß selbst in Unternehmen, in denen eine besondere Stelle zur Auswertung des Schrifttums unterhalten wird, diese Stelle mehr als notwendiges Uebel, denn eine Notwendigkeit angesehen wird; sie ist „Unkostenbetrieb“, und das sagt alles. Dr. Predeek sieht mit Recht in der Auffassung, daß der technische Fortschritt sich wesentlich im Versuchsraum und Konstruktionsbüro, nicht in der Literatur, vollziehe und daß der Industrie auch noch andere Mittel der Unterrichtung verfügbar und nutzbar sind, einen schweren und oft folgenreichen Irrtum, indem „daß jeglicher wissenschaftliche und praktisch-technische Fortschritt sich im Schrifttum niederschlägt und hier seine dauerhafte... Stätte findet, die wohl in Vergessenheit geraten, aber niemals verloren gehen kann“. Irrtümlich auch, die vorhandenen Nachweismittel und Auswertungsstellen könnten einen schnellen und lückenlosen Ueberblick über das Fachschrifttum vermitteln. Zu bedenken auch: die technische Forschung hat es ja nicht bloß mit dem aktuellen Schrifttum zu tun, sondern ebenso wichtig (oft noch wichtiger!) sind ältere Quellen. Beispiel: Patentprozesse! Wie ist abzuwehren? „Soll eine fruchtbare Auswertung des technischen Schrifttums erreicht werden, so müssen der Ingenieur und der Bibliothekar Hand in Hand arbeiten!“ Dazu aber müsse sich der „Literaturingenieur“ — neben besonderen Fähigkeiten — entsprechende Kenntnisse aneignen: fremde Sprachen, bibliographische und literarische Kenntnisse (praktische Arbeit in wissenschaftlichen Büchereien!). Der Verfasser hat an der Bücherei der TH Berlin — der nach der Bücherei des Reichspatentamtes größten deutschen technischen Bibliothek — eine Auskunft- und Beratungsstelle ins Leben gerufen (1933), die sich in gemeinnütziger Weise der gesamten technischen Wissenschaft und der deutschen Industrie zur Verfügung stellt. Die bisherigen Arbeiten, die sich noch auf bestimmte Gebiete beschränken, zeigen, daß hier der richtige Weg eingeschlagen ist.

*

Eine bemerkenswerte **Sozialeinrichtung** ist kürzlich durch die verordnete Einführung des **Urlaubsmarkensystems** im Baugewerbe gemacht worden. Darüber berichtet Ministerialrat Dr. jur. O. Kalkbrenner im⁴ „**Reichsarbeitsblatt**“ (Nummer 16 vom 5. Juni 1936, Teil II). Der Verfasser führt aus, daß das Urlaubsrecht zwar gesetzlich noch keine Regelung erfahren hat, daß aber durch die Tariffestsetzungen der Treuhänder ein Urlaub gesichert wurde. das „Recht auf

³ Technopolitische Zeitschrift der Architekten, Chemiker, Ingenieure, Techniker. — Leipzig und Berlin: Theodor Weicher. — Einzelheft 1,50 RM, viertelj. 3,— RM.

⁴ Amtsblatt des Reichs- und Preußischen Arbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamtes, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. — Berlin: Verlagsanstalt Otto Stollberg G.m.b.H. — Vierteljährlich 5,— RM.

Urlaub“ hat sich in der Wirtschaft allgemein durchgesetzt. Eine Voraussetzung des Urlaubsanspruches ist in der Regel eine gewisse Beschäftigungsdauer im gleichen Betrieb. Eine solche Bedingung sei durchaus billig, wo die Art des Gewerbes einer langfristigen Beschäftigung förderlich ist. In Gewerbebetrieben aber, in denen ein fortgesetzter Wechsel der Beschäftigten eine berufliche Erscheinung ist, wird diese Bestimmung zu einer Härte. Das trifft aber vorzugsweise auf das Baugewerbe zu, in dem meist nur 10 vH. sogenannte Stammarbeiter sind. Es mußten hier deshalb neue Wege beschritten werden, und die versuchsweise Einführung der „Urlaubs-karten“ und „Urlaubsmarken“ soll auch dem kurzfristig beschäftigten Bauarbeiter einen regelmäßigen Urlaub sicherstellen. Neben dem Bauarbeiter kommen auch die in den Nebengewerben Beschäftigten in Frage: Malergewerbe, Stuckgewerbe, Dachdeckergewerbe, Steinholzgewerbe, Platten- und Fliesenlegergewerbe, Betriebe für feuerungstechnische Anlagen, Isoliergewerbe, Steinmetzgewerbe, Ofensetzergerwerbe, Bauglaserei usw. Die verfügte Einrichtung bedeutet einerseits die lückenlose Verwirklichung des Rechtes auf Urlaub, andererseits wird — was den Unternehmern günstig ist — die Zahlung des Urlaubsentgeltes auf das ganze Jahr verteilt und belastet alle Betriebe des Baugewerbes völlig gleichmäßig. Zu beachten ist, daß tatsächlich Urlaub, d. h. Freizeit unter Fortzahlung des Lohnes, sichergestellt werden soll. Da das System der Urlaubsmarken aber zunächst einen Geldanspruch sichert, so besteht die Gefahr, daß „der Kern des Urlaubs in der Zahlung des Urlaubsgeldes gesehen wird“. Daß dies nicht geschieht, daß in der Tat mit der Zahlung auch die Freizeit verbunden ist, muß vom Treuhänder und der DAF überwacht werden. Ein schwieriges Problem ist die Schaffung einer zuverlässigen Kontrollenrichtung für das tatsächliche Kleben der Marken; von der Lösung dieses Problems hängt der soziale Erfolg des Markensystems ab.

Nochmals: Presse und Technik

I.

Zur der Veröffentlichung¹ „Presse und Technik“ ist uns eine Zuschrift zugegangen, in der ein Berufskamerad aus seinen „reichen Erfahrungen auf diesem Gebiete“ die Ausführungen von K. Fried als „an sich sehr zutreffend“ anerkennt und zur Förderung des Themas aus seinen Erfahrungen heraus einige Hinweise gibt, die beachtlich sind.

Zunächst die Frage: „Warum man so wenige oder überhaupt kaum fähige Köpfe unter den Technikern findet, die für Tageszeitungen schreiben?“ — beantwortet der Einsender dahin: es dürfte einem berufstätigen Ingenieur, auch wenn er an sich journalistische Veranlagung hat, unmöglich sein, für die Tageszeitung nebenher zu schreiben. Im Gegensatz zur Mitarbeit an einer Fachzeitschrift erfordere die Arbeit für die Tageszeitung „eine absolute Umstellung“, die der berufstätige Ingenieur nicht aufbringen könne, schon deshalb nicht, weil ihm Zeit und Gelegenheit fehle, sich mit Grenzfragen zu befassen, Stoff zu beschaffen usw.

Es bleibe demnach nur die Möglichkeit, entweder als freier Schriftsteller sich zu betätigen oder eine Berufstätigkeit zu wählen, die viel freie Zeit und Freiheit läßt.

¹ K. Fried: Presse und Technik. — Technik und Kultur 27 (1936) 69—71.

Andererseits aber werde die Mitarbeit an der Tageszeitung durch deren Schriftleiter erschwert, vielleicht unmöglich gemacht. Insbesondere sei hierfür verantwortlich die „absolute Urteilslosigkeit des Tages-schriftleiters gegenüber technischen Dingen“. Der Durchschnitts-Schriftleiter scheue alles, was „nach Technik und Ingenieur aussieht“, von vornherein. Eine praktische Erfahrung: „Als ich vor vielen Jahren begann, meine Verbindungen mit Tageszeitungen anzuknüpfen, war ich absolut erfolglos, solange ich mich auf meinen Briefbogen als „Dipl.-Ing.“ bezeichnete. Erst als ich . . . mich einfach X. Y. nannte und den Eindruck erweckte, ich sei Berufsjournalist, kam die Fühlung zustande.“

Schließlich: die Schwierigkeiten, als Ingenieur in einer Tageszeitung als Schriftleiter tätig zu sein, seien noch größer als früher geworden. So seien Berufskameraden bei bekannten süddeutschen Zeitungen als technische Schriftleiter aufgenommen worden, aber seit einigen Jahren sei diese Einrichtung der technischen Schriftleiter wieder beseitigt worden.

Der Einsender ist der Meinung, daß die Schuld ausschließlich an den Schriftleitern liege, und daß sich die Reichspressekammer der Frage annehmen müßte, wenn Wandel geschaffen werden sollte. „Wir würden dann erstaunt sein, wie viele ‚fähige Köpfe‘ wir plötzlich in Deutschland auf dem Gebiete der technischen Journalistik hätten, die es heute mangels Auswirkungs- und Entwicklungsmöglichkeit eigentlich noch gar nicht gibt.“

II.

Diese Darlegungen bestätigen zwar weitgehend das, was K. Fried ausgeführt hat. Aber wir sind der Meinung, daß die Frage zunächst durch eine amtliche Maßnahme der Pressekammer nicht gelöst werden kann, daß vielmehr letzte Schuld der Mangel an Verständnis für Technik und Ingenieur in der Allgemeinheit und bei den Schriftleitern im besonderen trägt. Deshalb glauben wir auch, daß eine Aufklärung, wenn auch langsam, so doch Früchte tragen wird.

Daß die Frage „Presse und Technik“ gerade auch in letzter Zeit in den Kreisen der Schriftleiter erörtert wird, zeigen drei uns nachträglich bekanntgewordene Veröffentlichungen in der offiziellen Zeitschrift des Reichsverbandes der Deutschen Presse. Die Erörterung eröffnete² Franz Spreither, Berlin, mit einem Aufsatz: „Publizistische Pflicht und technische Berichterstattung“. Der Verfasser stellt fest, daß es zwar eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß die Presse entsprechend ihrem Umfang und Aufgabenkreis sich in würdiger Form der technischen Belange annehme; daß aber die Wirklichkeit anders aussehe. Und er zeigt in offenen Worten die Mängel auf, die auf Seiten der Presse liegen und gibt Hinweise für den Schriftleiter; er meint ferner, daß „bei entsprechender finanzieller Würdigung“ „wirklich wertvolle Dinge ans Tageslicht“ kommen werden, „die dem Leser etwas zu sagen haben“ und für die Tagespresse werben. „Vor allem: es würden dann auch mehr journalistisch befähigte Techniker den Weg zur Presse finden.“ Im wesentlichen kann auch hier eine sachliche Übereinstimmung zwischen den Darlegungen des genannten Verfassers und unserer Veröffentlichung von K. Fried festgestellt werden.

Die Veröffentlichung von Spreither löste eine weitere³ von Rüdiger Hachtmann, Berlin, mit dem

² Deutsche Presse 26 (1936) 135—138.

³ Deutsche Presse 26 (1936) 150—151.

Titel „Sind die Techniker Medizinmänner?“ aus. Der Verfasser wendet sich gegen den Brauch, der auch hier schon oft gerügt wurde, in der Presse von den „Wundern der Technik“ zu sprechen, „als ob die Technik nicht dem denkenden Geist entsprungen, sondern von irgendwoher in unsere Welt verpflanzt wäre“. Er schreibt die Mängel der Tagespresse hinsichtlich ihrer Einstellung zur Technik dem Techniker im wesentlichen selbst zu, dessen fachliche Einstellung und spezialistische Ausbildung ihn wenig befähige, technische Probleme für den Leserkreis einer Tageszeitung darzustellen.

Schließlich nimmt Heinrich Klath, Berlin, das Wort mit einem Aufsatz⁴ „Der Grubenhund verbellt die Technik“. Der Verfasser stellt sich auf den Standpunkt, daß der Leser der Tageszeitung heute Anspruch darauf hat, „auch den allgemeinen Teil mit Technik, die ja mit Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Lokales ein Ganzes darstellt, durchdrungen zu sehen“. Man könne natürlich nicht verlangen, daß die Schriftleitung neben den Schriftleitern noch Physiker, Chemiker, Ingenieure und Naturwissenschaftler beschäftige. „Das liegt auch nicht im Berufsinteresse.“ Es gäbe aber Schriftleiter, die aus diesen Berufen hervorgegangen sind,

⁴ Deutsche Presse 26 (1936) 170—171.

oder „die sich selbst so eingehend damit beschäftigt haben, daß sie diese Gebiete ausreichend beherrschen. Fast alle Großverlage und die wichtigsten Korrespondenzbüros verfügen heute über technische Schriftleiter, so daß dort immer die Möglichkeit gegeben ist, einwandfreie Berichte zu erhalten und Nachrichten nachprüfen zu lassen“. Wenn trotzdem die Zeitungen oft nicht einwandfrei technisch berichten, so liege das daran, daß „die Technik (ein Gebiet, das man zwar bewundert, aber nicht versteht) vielfach lediglich als notwendiges Uebel betrachtet wird“.

III.

Also, auch im Kreise der Presse hat man erkannt, daß hier Aufgaben für die Presse sowohl wie für den Ingenieur liegen, und man darf feststellen, daß aus allen Stellungnahmen die Richtigkeit des Schlußwortes der Veröffentlichung von K. Fried durchklingt: „Presse und Technik müssen in dieser Zeit, in der das ganze Leben von Technik durchdrungen und bestimmt wird, das richtige Verhältnis zueinander finden. Das ist sich die Presse, die sich der ihr gestellten Aufgabe bewußt ist, schuldig. Und die Technik ist der Presse schuldig, ihr die Möglichkeit dazu zu schaffen.“

Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz.

Lynkeus:

Rundblick

Eine bedeutsame Gründung auf dem technisch-wissenschaftlichen Gebiete erfolgte auf Befehl des Reichsministers der Luftfahrt Generaloberst H. Göring: Die Gründung der „Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung“.

Die „Lilienthal-Gesellschaft“ ist aus der Vereinigung der „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt“ (WGL) und der „Vereinigung für Luftfahrtforschung“ (VLF) entstanden, und hat nunmehr die Aufgabengebiete dieser beiden bisherigen Vereine übernommen und darüber hinaus neue Gebiete in ihren Arbeitsbereich einbezogen: Mitarbeit an der Aufgabengestaltung der Luftfahrtforschung, Förderung von Forschungsarbeiten, wissenschaftlicher Erfahrungsaustausch, Verbindungen zur Luftfahrtindustrie, Luftverkehr und Behörden, Verbreitung allgemeiner luftfahrtwissenschaftlicher Erkenntnisse in der Öffentlichkeit, Betreuung des technischen Nachwuchses.

Die Gesellschaft wird von einem Präsidium geführt, das der Reichsminister der Luftfahrt ernennt und abberuft. Die Präsidenten werden durch einen Senat beraten, der sich aus ersten Fachleuten aller Fachgebiete zusammensetzt. Die wissenschaftliche Arbeit wird in Ausschüssen und Fachgruppen geleistet.

Zum Präsidenten wurde Carl Bosch, Heidelberg, neben ihm Professor Prandtl, Göttingen, berufen. Zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft wurden ernannt: Generalmajor Thomsen, Oberstleutnant a. D. Wagenführ und Geheimrat Professor J. Schütte.

*

Die Gesamtzahl der an allen deutschen Hochschulen immatrikulierten Studenten ist in den letzten drei Jahren ständig gesunken; die Zahl betrug, jeweils im Sommersemester:

1933	116 000
1935	77 000.

Es erfolgte somit ein Gesamtrückgang von rd. 33,5 vH.; bei den Universitäten allein beträgt der Rückgang über 38 vH. Eindrucksvoll sind die Zahlen über den Neuzugang bei den Universitäten:

Neumatrikulierte S.S. 1933	über 14 000
„ W.S. 1934/35	rd. 8 000
„ S.S. 1935	rd. 7 000,

so daß also der Neuzugang an Studierenden im S.S. 1935 nur noch die Hälfte desjenigen vom S.S. 1933 ausmachte. Den verhältnismäßig stärksten Rückgang an Studierenden haben die kleineren Universitäten zu verzeichnen:

Universität Kiel	rd. 50,4 vH.
„ Erlangen	rd. 50 vH.
„ Greifswald	rd. 50 vH.
„ Marburg	rd. 50 vH.
„ Leipzig	rd. 50 vH.
„ Gießen	rd. 49,2 vH.
„ Rostock	rd. 48,6 vH.

*

Aus Anlaß des Internationalen Kongresses für Gewerblichen Rechtsschutz 1936 (in Berlin) veranstaltete die „Akademie für Deutsches Recht“ eine Festsitzung; der stellvertretende Präsident der Akademie, Geheimrat Professor Dr. Kisch, München, hielt einen Vortrag über das Thema „Die Arbeiten der Akademie für Deutsches Recht“.

Der Vortragende legte u. a. dar, daß die Akademie gegenüber dem NS-Rechtswahrerbund, der in erster Linie die Aufgaben der Standesorganisationen wahrzunehmen habe, eine zweifache Aufgabe hat: einmal die Erforschung des Rechts und zum anderen seine Gestaltung. In dem Streben, beide Aufgaben in einer höheren Synthese zu verbinden, sei die Akademie eine Art von „Senat des deutschen Juristentums“.

In kleineren Arbeitskreisen sollen sich Gelehrte mit Angehörigen der Wirtschaft zusammenfinden mit dem Ziele, die Geschichte des Rechts und der Wirtschaft zu

erforschen, die philosophischen und methodologischen Grundlagen der Rechtswissenschaft zu studieren sowie wichtige Einzelfragen der verschiedensten Gebiete der Rechtsordnung zu behandeln. Damit im Zusammenhang stehend sei u. a. geplant: Herausgabe großer rechts- und staatszyklopädischer Werke, Spezialschriftenreihen für die einzelnen Fächer, eine Ausrichtung des rechtswissenschaftlichen Zeitschriftenwesens, Zusammenlegung oder Neugründung wissenschaftlicher Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften.

Entscheidende Bedeutung gewinne die von Dr. Frank angeregte Gründung einer großen Forschungs- und Bildungsstätte für den Rechtsnachwuchs im Rahmen der Akademie. Hier sei ein sehr weitgestecktes Ziel aufgerichtet; die materiellen Schwierigkeiten der Erreichung des Zieles seien zwar allen Beteiligten bewußt, aber man hoffe, daß dem Plane die deutsche Öffentlichkeit Interesse und weitherzige Förderung schenken werden.

*

Der „Frankfurter-Zeitung“, Nr. 285 vom 6. Juni 1936, entnehmen wir folgenden Bericht:

„Der Ausschuß für den Austausch junger Kaufleute der vor etwa 1½ Jahren zu dem Zwecke gegründet worden ist, jungen Kaufleuten Gelegenheit zu geben, durch praktische Arbeit im Auslande ihre Kenntnisse und Erfahrungen zu erweitern und sich sprachlich zu vervollkommen, hatte die Handelsattachés der ausländischen Missionen und die Vertreter der in- und ausländischen Presse sowie eine Anzahl von Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, die über gute und enge freundschaftliche Beziehungen nach dem Auslande verfügen, zu einem Bierabend in den Deutschen Auslandsclub geladen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Gesandter a. D. Freiherr Dufour von Feronce, gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses kameradschaftliche Beisammensein den Beteiligten Gelegenheit gebe, in engeren Kontakt miteinander zu kommen und die Bestrebungen des Ausschusses im Wege der Gegenseitigkeit zu fördern. Da heute noch die Freizügigkeit der Menschen und insbesondere der jungen Kaufleute gegenüber der Vorkriegszeit unendlich eingeengt sei, habe der Ausschuß, dessen Mitglieder ehrenamtlich tätig sind, es sich zum Ziel gesetzt, junge, besonders begabte, tüchtige und fleißige Kaufleute mit guten Sprachvorkenntnissen im Auslande in bezahlten Stellungen auf ein bis zwei Jahre zur weiteren Fortbildung unterzubringen. Die gleiche Gelegenheit solle ausländischen Kaufleuten in Deutschland geboten werden. Von den in großer Zahl erschienenen Gästen wurde dieser Aufgabe einer freundschaftlichen internationalen Zusammenarbeit und der von Deutschland gegebenen Anregung lebhaftes Interesse entgegengebracht.“

Die Kaufmannschaft hat hier eine Aufgabe tatkräftig in Angriff genommen, die ergänzt wird durch die Errichtung einer Kolonialschule für den kaufmännischen Nachwuchs (in Bremen), worauf wir schon früher (1935, Seite 115) aufmerksam gemacht haben. Wir meinen, daß diese Vorgänge die volle Aufmerksamkeit der Ingenieure verdienen sollten; hier liegt auch eine von vielen Berufsaufgaben, die der Lösung harren!

*

Der Präsident der Reichspressekammer hat mit Wirkung vom 1. Juni 1936 eine Anordnung erlassen, durch

die ein Berufsschutz für Pressestenographen geschaffen wurde. Jeder Pressestenograph muß dem „Reichsverband deutscher Pressestenographen“ angehören, muß für sich und seine Ehefrau den Arierausweis bis zum Jahr 1800 erbringen, muß künftig eine Vorprüfung ableisten, um als „Anwärter“ tätig sein zu können, muß nach einer höchstens drei Jahre dauernden Anwärtertätigkeit eine Prüfung ablegen, deren Ergebnis über die Aufnahme in den „Reichsverband“ und damit über das Recht zur Berufsausübung entscheidet. Jedes derzeitige Mitglied des „Reichsverbandes“ kann zur Ableistung einer Berufseignungsprüfung herangezogen werden. Die dauernde Ueberwachung der Berufseignung obliegt dem Leiter des „Reichsverbandes“.

*

Die Pressestelle des Heilpraktikerbundes Deutschlands wendet sich in einer Mitteilung gegen Gerüchte, wonach eine große Zahl von Heilpraktikern noch aus dem Bund ausgeschlossen werde. Richtig sei, daß der Heilpraktikerbund zur Zeit rund 5500 Mitglieder zähle und daß die Säuberungsaktion innerhalb des Bundes heute als abgeschlossen gelten könne.

*

Ueber: „Der Weg der deutschen Baukunst“ hielt in Stuttgart Professor Paul Schmitthener einen öffentlichen Vortrag, der im Hinblick auf die Person des Vortragenden Beachtung verdient: hat doch die deutsche Baukunst gerade von ihm — neben dem ebenfalls in Stuttgart wirkenden Professor Bonatz — besondere Anregungen erfahren. Andererseits ist Paul Schmitthener mehrfach stark umstritten gewesen. Um so mehr mußte das Thema seines Vortrages auch über den Kreis der „Baukunst“ hinaus Aufmerksamkeit erregen.

„Deutsche Baukunst“ erklärte der Vortragende als alles das, was auf deutschem Boden von deutschen Menschen an Bauwerken geschaffen wurde, womit er nicht einfach die Baukunst des überwundenen Zeitraumes verwarf. Darüber hinaus lehnte er ab, diese zurückliegende Bau-Epoche mit dem Schlagwort „Baubolschewismus“ zu kennzeichnen; er umschrieb diese Kennzeichnung: „Baubolschewismus ist das, was, untüchtig und frech, ohne Achtung des Allgemeinbesitzes, deutsches Kulturgut zerstört; Allgemeinbesitz der deutschen Volksgemeinschaft ist unsere Landschaft, sind unsere Dörfer und Städte, ist das auf uns überkommene Kulturgut“. Und er betonte, daß wir nur scheiden könnten in Kunst oder Nichtkunst, in gut oder böse: „wenn es besonders gut ist, wollen wir ihm die Wertbezeichnung deutsch beifügen.“

*

Die Rücklage der Angestelltenversicherung beträgt, da ihr 1935 rd. 235 Mill RM zugeführt werden konnten, fast 2,7 Milliarden RM. Dieses Ergebnis — so berichtete der Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in der „Zeitschrift der Sozialversicherungsbeamten“ — wurde im wesentlichen durch den Zugang an Versicherten erreicht. Diese Rücklage enthalte die volle finanzielle Deckung für die gesamten laufenden Ruhegelder, Witwen- und Waisenrenten; ein Anteil von 205 Millionen RM sei Grundstock für eine zu schaffende Deckung der sämtlichen Anwartschaften der aktiv Versicherten. Diese Deckung zu schaffen, das sei Aufgabe der kommenden Generationen. Die Rentenansprüche würde noch eine Reihe von Jahren ansteigen und dann eine Höhe erreichen, die mit den derzeitigen Beitragseinnahmen nicht mehr gedeckt werden könne;

deshalb sei auch nicht daran zu denken, die Beiträge zu senken oder die Leistungen zu erhöhen im Hinblick auf die genannte Rücklage, in der eine unangebrachte Theaurierung zu erblicken, verhängnisvoll wäre.

*

Der im Reichsarbeitsministerium gebildete Ständige Siedlungsbeirat (auf Grund des Erlasses des Führers vom 4. 12. 1934 und des Ausführungserlasses des Reichsarbeitsministers vom 26. 1. 1935) ist erstmals am 28. Mai 1936 in Berlin zusammengetreten. Aufgabe dieses Beirates ist die Beratung des Reichsarbeitsministeriums in allgemeinen Fragen des Siedelungs- und Wohnungswesens sowie die Förderung des Verständnisses für die Maßnahmen des Reiches auf diesen Gebieten in der Öffentlichkeit und den beteiligten Volkskreisen. Bekanntlich ist seinerzeit Dr.-Ing. Ludowici, Leiter des Heimstättenamtes der DAF und Siedelungsbeauftragter im Stabe des Stellvertreters des Führers, zum Vorsitzenden des Beirates berufen worden. Auf seinen Vorschlag sind folgende Mitglieder des Beirates ernannt worden: Ministerpräsident a. D. Granzow, Oberbürgermeister (Leipzig) Dr. Goerdeler, Generalinspektor Dr.-Ing. F. Todt, Präsident Dr. Aechele, Hauptamtsleiter Cl. Selzner, Oberpräsident Kube, Reichskriegsopferführer Oberlindober, Generaldirektor E. Vögler, Reichsleiter Oberbürgermeister Fiehler, Stadtrat (Altona) Schmidt, Hauptamtsleiter Bartels und Dr.-Ing. Kämper. Der Beirat behandelte auf seiner ersten Sitzung Fragen der Entwicklung der Kleinsiedlung und ihre bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

*

Auf der ersten Arbeitssitzung des Internationalen Kongresses für Gewerblichen Rechtsschutz 1936 (in Berlin) wurde der Verlust des Prioritätsrechtes behandelt. Einstimmig stellte der Kongreß fest, daß die Berichte die Frage zwar erheblich geklärt, aber noch nicht erschöpft haben; das Comité executif wurde deshalb beauftragt, die Frage weiterhin zu erforschen und sie gegebenenfalls dem nächsten Kongreß zur Entscheidung vorzulegen. In einer weiteren Abstimmung (210:13) über die Vereinheitlichung der Prioritätsfrist stellte sich der Kongreß auf den Standpunkt, daß diese Frist für Patente, Warenzeichen und Muster einheitlich auf zwölf Monate festgesetzt werden soll. Wieder einstimmig war der Kongreß in der Frage der Teilung der Anmeldung während des Prüfungsverfahrens: der Anmelder soll zum Antrag ermächtigt sein, daß seine Anmeldung unter Erhaltung der Priorität geteilt wird, wenn sich diese Teilung ermöglichen läßt. Hinsichtlich des sogenannten Ausübungszwanges beschloß der Kongreß (210:6), daß eine Zurücknahme des Patentbeschlusses wegen Nichtausübung nicht stattfinden soll; die Unionstaaten werden gebeten, die Haager und die Londoner Beschlüsse schnellstens zu ratifizieren. Schließlich beschäftigte sich die Sitzung mit dem Ausstellerschutz und erklärte einstimmig, daß der Londoner Beschluß auf Ausstellungsschutz allgemein eingeführt werden soll.

In der Frage der Schutzdauer der Patente hat der Kongreß in seiner zweiten Arbeitssitzung die bereits 1932 in London gegebene Anregung wieder aufgegriffen: da eine Erfindung bis zu ihrer endgültigen Durchführung erheblichen Zeitaufwand und viele Kosten beanspruche, bevor die Erfinder zu einer wirtschaftlichen

Auswertung kommen, müsse die Schutzdauer einheitlich auf 20 Jahre festgesetzt werden.

Ferner hat der Kongreß u. a. hinsichtlich Rechtsnachfolger-Anmeldung folgenden Zusatz zum Pariser Unionsvertrag vorgeschlagen: „Wenn die Anmeldung von einem Rechtsnachfolger des ursprünglichen Anmelders eingereicht wird, so kann die Benennung des ursprünglichen Anmelders verlangt werden.“

*

Der allgemeine Aufstieg der deutschen Wirtschaft spiegelt sich zu einem gewissen Grade in der Lage der deutschen Sparkassen wider. Dem Bericht über den Monat April 1936 ist zu entnehmen, daß die Spareinlagen in diesem Monat zum ersten Male seit 1924 (der Währungsstabilisierung) die 14-Milliarden-Grenze überschritten hat, da sich die Anlagen um 53,2 Millionen erhöhten und so den Gesamtbetrag von 14 008 Millionen RM erreichten. Im einzelnen sind die Zahlen für April 1936:

Einzahlungen	466 000 000 RM
Auszahlungen	437 000 000 „
<hr/>	
Einzahlungsüberschuß	28 900 000 RM
Zinsgutschriften	18 900 000 „
sonstige Buchungsvorgänge	5 400 000 „
<hr/>	
Einlagenzuwachs	53 200 000 RM

Es wird festgestellt, daß der Einzahlungsüberschuß jedoch geringer ist als im Jahre 1935; diese bereits in den Vormonaten ersichtliche Verlangsamung im Spareinlagenzufluß stehe in einem engen Zusammenhang mit einer fortschreitenden Entfaltung der Wirtschaftstätigkeit.

*

Interessante Zahlen über den Anteil der deutschen Sozialversicherungen an der Finanzierung des Kleinwohnungsbaues enthält eine Statistik, die von den Sozialversicherungen aus Anlaß der diesjährigen Tagung des Deutschen Bauvereines herausgegeben wurde:

	finanzierte Wohnungen	Gesamtbetrag RM
28 Landesversicherungsanstalten	329 000	1 227 000 000
Reichsbahnversicherungsanstalt	38 500	153 000 000
Reichsknappschaft	11 500	42 400 000
Seekasse	200	800 000
<hr/>		
Invalidenversicherung	379 200	1 423 200 000
Angestelltenversicherung	213 000	1 026 000 000
<hr/>		
Gesamt (Ende 1935)	592 200	2 449 200 000

Fast 2,5 Milliarden RM wurden in 45 Jahren von den Sozialversicherungsträgern zur Erstellung von rd. 600 000 Wohnungen den Schaffenden zur Verfügung gestellt, womit die Sozialversicherung erhebliche Vermögensteile mittelbar zum Wohle der Versicherten angewendet hat.

*

Reichserziehungsminister Dr. Rust hat der bisherigen Staatlichen Kunstschule in Berlin-Schöneberg die Bezeichnung „Staatliche Hochschule für Kunst-erziehung“ verliehen und damit unterstrichen, welche Bedeutung der Kunsterziehung der Jugend im Dritten Reich beigelegt wird.

*

Ueber die Laufbahn des höheren Dienstes im Bereiche des Auswärtigen Amtes berichtete aufschlußreich der Völkische Beobachter, Berlin, in seiner Beilage „Der Beamte im Dritten Reich“, Folge 23, vom 4. Juni 1936. Abgesehen von den allgemeinen Voraussetzungen für die Beamtenlaufbahn muß der Be-

werber abgeschlossene Hochschulbildung und gute Kenntnisse wenigstens der englischen und französischen Sprache nachweisen. „Im allgemeinen wird mindestens das Wissen vorausgesetzt, das für die erste juristische Staatsprüfung gefordert wird; es besteht jedoch stets ein gewisser Bedarf an Bewerbern, die ihren juristischen Bildungsgang durch die zweite juristische Staatsprüfung (Assessor-Examen) abgeschlossen haben. „Erwünscht ist weiter, daß der Anwärter vor seinem Eintritt in den auswärtigen Dienst eine praktische Beschäftigung auf wirtschaftlichem Gebiete, z. B. bei einem kaufmännischen oder industriellen Unternehmen, einer Handels- oder Landwirtschaftskammer oder einer anderen wirtschaftlichen Organisation durchgemacht hat. Natürlich muß eine solche einen wirklichen Einblick in die maßgebenden Gedankengänge und Ueberlegungen der Leitung bieten. Denn eine Beschäftigung lediglich zu dem Zweck, die Technik des Betriebes kennenzulernen, hat nur geringen Wert... Im Hinblick auf die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure schon in der Vorkriegszeit, Diplom-Ingenieuren die Laufbahn des höheren auswärtigen Dienstes zu öffnen, sind diese Darlegungen von Interesse.

*

Auf einer Großkundgebung in der Deutschlandhalle zu Berlin sprach am 4. Juni 1936 Reichsminister und Stellvertreter des Führer Rudolf Heß vor der Beamtenenschaft. Er machte über das Verhältnis der Beamten zum nationalsozialistischen Staate grundsätzliche Ausführungen, die sinngemäß Allgemeingültigkeit beanspruchen dürfen; so u. a. wenn er ausführte: „... Bei den im Dienst befindlichen Beamten kommt es nicht so sehr darauf an, was der eine oder andere Beamte vielleicht früher einmal für eine Aeußerung getan hat, sondern entscheidend ist, wie er sich heute verhält und was er leistet... Der Beamte hat seine Anweisungen für seinen Dienst. Wie er ihn ausübt, wie er ihn mit Leben erfüllt, wie er ihn anpaßt an das Leben seines Volkes, das steht bei ihm! Hier entscheidet sich, ob ein Beamter im höheren Sinne gut ist oder schlecht, ob er wirklich innerlich Nationalsozialist ist oder bestenfalls nur dem Namen nach...“

*

Neue Wege der Jugenderziehung hat die 1934 gegründete „Nationalpolitische Bildungsanstalt Ballenstedt am Harz“ eingeschlagen. Einem ausführlichen und instruktiven Bericht, den der „Völkische Beobachter“, Berlin, vom 4. Juni 1936 brachte, sei folgendes entnommen:

Als Ziel ist aufgestellt: „gesunde und befähigte Jungen im Sinne des Nationalsozialismus zu körperlich tüchtigen, charakterfesten Menschen heranzubilden, aus denen einmal Führer für Staat, Bewegung und Wehrmacht hervorgehen sollen.“ Zur Erreichung dieses Zieles geht die Ballenstedter Schule den neuen Weg, indem sie Schule und Hitlerjugend zugleich ist. Erzieher und Zöglinge umschließt das kameradschaftliche Band der HJ, deren Uniform sie stets tragen. Der an die Anstalt gezogene Erzieher wird Scharführer, doch erst dann, wenn er selbst einige Zeit ohne Charge Dienst getan und die dienstliche Ordnung sowie die Pflichten gründlich kennen gelernt hat. Nach einer weiteren Bewährung als Kameradschaftsführer wird er mit der Führung einer Schar betraut, die etwa 30 Zöglinge gleichen Alters umfaßt. Solcher Schar ist der Scharführer zugleich Erzieher und Kamerad. Aus-

schließlich der Unterricht findet nicht scharweise statt. Damit ergibt sich gegenüber dem früheren Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler eine grundsätzliche Aenderung: der Erzieher ist nicht der „gefürchtete Pauker“, er ist „älterer Freund und Führer, dem man sich freiwillig unterordnet“. (Nebenbei: wenn der Bericht hierzu sagt: „die ältere Generation wird dies nur schwer oder gar nicht begreifen“, so darf man doch wohl daran erinnern, daß es zu allen Zeiten Lehrer gegeben hat, an die wir uns nicht als „Pauker“ erinnern, sondern als an verständnisvolle Führer. Nur daß solche Lehrer meist Ausnahmen waren. Und das Entscheidende des Neuen in Ballenstedt dürfte eben sein, daß — neben anderem — hier die früheren Ausnahmen zur grundsätzlichen Regel gemacht sind.) Das Erziehungsideal will den ganzen Menschen erfassen, und deshalb „stehen körperliche, geistige und charakterliche Bildung gleichberechtigt nebeneinander“, so daß beispielsweise bei einem völligen Versagen in den Leibesübungen der Zögling ebensowenig an der Anstalt bleiben kann als wenn er in mehreren Schulfächern nicht genügt. Der Unterricht selbst hat als Mittelpunkt Deutsch, Geschichte und Erdkunde; daneben werden (anfänglich) die englische Sprache und (später) Latein gelehrt. Den politischen, wirtschaftlichen und geistigen Gegenwartsfragen ist eine besondere Stunde gewidmet. Die Musik wird besonders gepflegt. Eine praktische Ausbildung sieht Modellbau und Sanitätsdienst vor, daneben wird der Arbeitsdienst (Ausbau der Anstalt) als wertvolles Glied körperlicher und charakterlicher Erziehung in den Dienst des gesteckten Zieles gestellt. Die wohl leicht auftauchende Frage nach dem Verhältnis dieser Zöglinge zum Elternhaus beantwortet der Bericht: „Trotz Trennung vom Elternhaus werden die Jungen dem Familienleben nicht entfremdet. Während sie zu Hause oft in Gegensatz zu den Anschauungen der Eltern geraten, bewirkt die zeitweise Trennung meist eine größere Anhänglichkeit. Mit Freude fahren alle auf Heimaturlaub oder in die Ferien. Freudig kehren sie aber auch wieder nach Ballenstedt zurück. Sie fühlen sich wohl in der gewählten Gemeinschaft, der sie alle auf lange Jahre angehören.“ Die Schule zählt 330 Zöglinge, die aus allen Teilen des Reiches und allen Volksschichten stammen.

Tagung der Diplom-Landwirte

Der Reichsbund Deutscher Diplomlandwirte veranstaltet in der Reichsbauernstadt Goslar in der Zeit vom 3. bis 5. Juli d. J. das 3. Reichstreffen der deutschen Diplomlandwirte, verbunden mit einer Schulungstagung, auf der maßgebliche Persönlichkeiten des Reichsnährstandes und des deutschen Erziehungswesens sprechen werden. Der Bundesleiter des Reichsbundes Deutscher Diplomlandwirte, Reichsführer SS, Diplomlandwirt Heinrich Himmler, hat folgenden Aufruf an die deutschen Diplomlandwirte erlassen:

„Kameraden! Wir Diplomlandwirte stehen wie kaum eine andere Berufsgemeinschaft in einer schönen und verantwortungsvollen Vielgestaltigkeit der Berufsausübung. Für die meisten von uns bedeutet ihr Beruf ein Stück lebendige Bindung von Stadt zu Land. Für viele von uns gibt die tägliche Arbeit die Möglichkeit, die aus dem Gedankengut des Reichsbauernführers, Diplomlandwirt R. Walther Darré, geborene Erkenntnis von der Sendung

des Bauerntums anderen Berufen zu übermitteln, in die Reihen der Städter zu tragen. Diese Erkenntnis — Ausgangspunkt für die nationalsozialistischen agrar- und rassenpolitischen gesetzgeberischen Maßnahmen der Reichsregierung — muß Allgemeingut des ganzen Volkes werden. Damit auch die Berufsgemeinschaft der deutschen Diplomlandwirte ihren Anteil habe an einer Durchdringung des deutschen Volkes mit diesem Denken und Fühlen, bedarf es unserer Arbeit, unseres Einsatzes und unserer eigenen ständigen Schulung. So rufe ich jeden einzelnen deutschen Diplomlandwirt auch dieses Jahr wieder auf, in der Reichsbauernstadt zu dem Dritten Reichstreffen der Deutschen Diplomlandwirte vom 3. bis 5. Juli 1936 anzutreten."

Von unseren Hochschulen

TH Darmstadt: In der Abteilung für Maschinenbau wurde Patentanwalt Dipl.-Ing. Carl Weihe in Frankfurt a. M. zum Honorarprofessor ernannt. Dipl.-Ing. Carl Weihe liest seit Jahren an der TH Darmstadt „Geschichte und Kultur der Technik“ sowie „Patent- und Gebrauchsmuster-Recht“.

TH Berlin: In der Fakultät für Maschinenwesen wurde Reichsbahndirektor Dr.-Ing. E. h. W. Wechmann be-

auftragt, das Lehrgebiet „Elektrische Bahnen“ in Vorlesungen und Übungen zu vertreten.

Dr.-Ing. W. Bader, München, hat einen Lehrauftrag für „Elektrotechnik für Wirtschaftswissenschaftler“ erhalten.

Dipl.-Ing. K. Franz, Oberingenieur, ist beauftragt worden, in der Fakultät für Maschinenwesen das Lehrgebiet „Feinmechanische Konstruktionen“ in Vorlesungen und Übungen zu vertreten. Mit Vorlesungen und Übungen über „Werkstoffprüfungen“ wurde das ständige Mitglied beim Staatlichen Materialprüfungsamt, Berlin-Dahlem, Professor G. Fiek, beauftragt.

In der Fakultät für Bauwesen wurde der nb. a. o. Professor Dr. K. Krüger mit einem Lehrauftrag für „Gesteintechnik einschließlich Verwendung der Erdölprodukte im Bauwesen“ beauftragt.

TH Dresden: In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung wurde Dr. H. Joachim, Direktor der Zeiss-Ikon A.-G. in Dresden, zum Honorarprofessor ernannt.

TH Stuttgart: In der Abteilung für Maschineningenieurwesen und Elektrotechnik ist Direktor O. H. v. Loßnitzer, Vorstandsmitglied der Mauser-Werke A.-G. in Oberndorf, beauftragt worden, die „Waffentechnik“ in Vorlesungen und Übungen zu vertreten.

Dr. F. Wiedemann, Oberingenieur in Essen:

Die Steinkohle im Haushalt

Vortrag, gehalten auf der vom „Amt für Technik“, Gau Essen, veranstalteten III. Energietagung „Die Kohle“ am 22. April 1936.

In den letzten fünf Jahren ist die Frage der Wärmeversorgung des Haushaltes in besonderem Maße in den Vordergrund des Interesses aller beteiligten Kreise getreten. Alle Mittel neuzeitlicher Werbung werden aufgegeben, um den Verbraucher von der Ueberlegenheit der einen oder anderen Energieform zu überzeugen und dafür zu gewinnen, wobei nicht selten der Boden der Sachlichkeit verlassen wird. In die Versorgung des Haushaltes mit Wärme teilen sich heute Steinkohle, Braunkohle und Torf als feste Brennstoffe mit Gas und Strom. An erster Stelle steht mit rund 48 vH. der Steinkohlenbergbau mit seinen verschiedenen Kohlen-, Brikett- und Koksarten. Es folgt mit rund 33 vH. der Braunkohlenbergbau in der Hauptsache mit Braunkohlenbriketts, aber auch mit Rohkohlen und Schwelkoks, und darnach das Holz mit rund 16 vH. Der Rest von 3 vH. entfällt auf Torf, Gas und Strom. Die große Bedeutung des Hausbrandes für die Beschäftigung der Gefolgschaften des Steinkohlenbergbaues geht

1. daraus hervor, daß 1934 vom deutschen Steinkohlenverbrauch in Höhe von etwa 89 Millionen Tonnen rund 22,7 Millionen Tonnen oder 25,6 vH. auf die Verbrauchergruppe „Hausbrand, Landwirtschaft, Platzhandel“ entfielen, und daß
2. die Wirtschaftskrise der Jahre 1930 bis 1933 auf diesen Absatz im Gegensatz zur Industrie keinen Einfluß hatte.

Schließlich ist der Hausbrand für den Steinkohlenbergbau deshalb besonders bedeutsam, weil es sich durchweg um hochwertige Kohlen- und Koksarten handelt, deren Absatz in der Industrie infolge der Entwicklung der Feuerungstechnik ständig mehr zurückgeht.

Für die Versorgung des Haushaltes mit Wärme liefert der Steinkohlenbergbau in erster Linie grobe Nußsorten

und Eiforbriketts. Diese Sorten werden vorwiegend für Küchenherde, eiserne Oefen und Kachelöfen sowie Waschkessel gebraucht. Für Zentralheizungskessel sind die wichtigsten Brennstoffe die groben Brechkokssorten und die groben Anthrazit-Nußkohlen.

Der Hausbrand-Verbraucher trifft seine Entscheidung hinsichtlich der häuslichen Wärmequelle nach der Kostenfrage und nach seinen Ansprüchen. Nach der Reichsstatistik entfallen bei städtischen Haushaltungen auf Heizung und Beleuchtung rund ein Zwanzigstel des Nettoeinkommens. Da dies bei der überwiegenden Mehrheit unserer Volksgenossen RM 2000,— nicht überschreitet, können somit für Heizung und Beleuchtung rund RM 100,— ausgegeben werden. Es ist daher unbestritten, daß der feste Brennstoff als der für den deutschen Haushalt billigste Wärmeträger die Grundlage der Wärmeversorgung für unsere breitesten Bevölkerungskreise bildet.

Die häusliche Feuerungen für feste Brennstoffe wurden in den letzten Jahren außerordentlich verbessert. Der technische Fortschritt ist bei ihnen gekennzeichnet durch die Verbesserung der Wärmeausnutzung, durch erhöhte Regelbarkeit der Wärmeentwicklung, durch Vereinfachung der Wartung und Erhöhung der Sauberkeit des Heiz- und Kochbetriebes.

Der gewöhnliche Küchenherd bot schon immer den Vorteil ständiger und billiger Bereitstellung von Warmwasser; dazu kam vor allem, daß er im Winter als kostenloses Abfallerzeugnis die zur Küchenbeheizung nötige Wärme lieferte. Die gründliche Beschäftigung der Feuerungstechniker mit dem Küchenherd ergab, daß die Ursache für die mangelhafte Brennstoffausnutzung und die unzureichende Regelbarkeit des Brandes sowie die schlechte Dauerbrandfähigkeit auf der unzureichen-

den Dichtigkeit der bisherigen Herdbauarten beruhte. Ein in dieser Beziehung verbesserter Herd mußte gleichzeitig die Wartung vereinfachen. Durch einfache, konstruktive Maßnahmen zur Abdichtung der Luftwege unter dem Rost ließ sich eine einwandfreie Regelbarkeit der Luftzufuhr erzielen, so daß solche „Dauerbrandherde“ trotz des geringen Kohlenvorrates der Feuerung 14 Stunden und darüber ohne jede Wartung sich selbst überlassen bleiben können. Durch die Anbringung von Aschenleiblechen und durch Verwendung großer Aschenkästen und Rüttelroste wurde auch für Stubenreinheit gesorgt. Trotz dieser großen Verbesserungen sind infolge der Einfachheit der angewandten Mittel die Anschaffungskosten solcher Herde nicht nennenswert höher geworden, was mit Rücksicht auf die Kaufkraft der weitesten Bevölkerungskreise besonders wichtig ist.

Die Ofenindustrie hat sich ebenfalls mit großem Erfolge bemüht, neue Ofenbauarten zu schaffen, die die oben erwähnten feuerungstechnischen Forderungen erfüllen. Vor allem gilt dies für den irischen eisernen Ofen, dessen neuzeitliche Ausführungen unter dem Namen „Allesbrenner“ den deutschen Ofenmarkt erobert haben. Diese Ofen gestatten eine Brennstoffausnutzung von 70 bis 80 vH. bei weitestgehender Regelbarkeit und Dauerbrandfähigkeit. Im Kachelofenbau finden in zunehmendem Maße eiserne Einsätze Anwendung, die in ihrem Aufbau den genannten eisernen Ofen entsprechen. Der hochwertigste eiserne Ofen, was Brennstoffausnutzung, Regelbarkeit und Dauerbrandfähigkeit betrifft, ist auch heute noch der sogenannte „Amerikaner“; für ihn kommt nur Anthrazit als Qualitätsbrennstoff in Frage.

Für große Wohnungen, Einfamilienhäuser, Verwaltungsgebäude usw. tritt an die Stelle des Einzelofens für die Raumerwärmung die Zentralheizung. Der für Brechkoks und grobkörnigen Anthrazit gebaute gußeiserne Gliederkessel hat dank der geringen Ansprüche dieser Brennstoffe an die meist in Laienhände gelegte Bedienung auch heute die Führung, wenngleich mit Beginn der Wirtschaftskrise, etwa 1930, Sonderkessel auf den Markt kamen, die durch Verwendung feinkörniger und billigerer Steinkohlensorten eine Senkung der Betriebskosten der Zentralheizung bezweckten. Da diese Kohlensorten teilweise einen hohen Gehalt an flüchtigen Bestandteilen enthalten, die bei der Erwärmung der Kohle herausgetrieben werden, muß zu ihrer Verbrennung dem Feuerraum Zweitluft zugeführt werden, sollen keine Verluste durch brennbare Heizgase eintreten. Die Kohlenkessel besitzen daher besondere Einrichtungen für diese Zweitluftzuführung, die entsprechend dem Gasgehalt der Kohlen regelbar sind. Es ist zu wünschen, daß mit der Besserung der deutschen Wirtschaftslage das Interesse an solchen Sonderkesseln nachläßt, so daß Brechkoks und grobkörniger Anthrazit ihren früheren Vorrang als Zentralheizungsbrennstoff wieder erhalten.

Die von der einschlägigen Industrie in den letzten Jahren geschaffenen neuen Konstruktionen von Herden, Ofen und Heizkesseln für feste Brennstoffe genügen nicht allein technisch allen neuzeitlichen Anforderungen, sondern werden auch allen Ansprüchen an unsere heutige Wohnkultur gerecht. Der technische Fortschritt wird auch auf diesem Arbeitsgebiet zu weiteren Erfolgen führen, so daß zu hoffen ist, daß dem festen Brennstoff als billigster Wärmequelle auch für die Zukunft seine führende Stellung im deutschen Haushalt bleibt.

Literatur

Neue Bücher:

Sammlung „Hilf dir selbst!“ — Bonn: Wilhelm Stollfuß.

Von den Neuerscheinungen dieser praktischen Sammlung, die in allgemeinverständlicher Darstellung die Gebiete des täglichen Lebens erfaßt, sind weiterhin folgende zu nennen:

Müthling, Dr. Hans, Kreissteueramtsleiter: Die Steuern des Grundeigentümers. Aufklärung und Ratschläge, zugleich ein Leitfaden für die Praxis. — Nr. 112, Sonderreihe: Steuerschriften, 33 Seiten, 1,25 RM.

Hier spricht ein besonderer Sachkenner der nicht einfachen Steuermaterie, und der Grundeigentümer, besonders aber jeder, der es werden will, tut gut, diese allgemeinverständliche Schrift sich zu beschaffen und eingehend zu studieren.

Müller, Dr. jur. Hans Walter: Der Verkehr mit dem Handels-, Vormundschafts- und Nachlaßregister. — Nr. 113, 45 Seiten, 1,50 RM.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit ist ein dem Laien im wesentlichen fremdes und schwieriges Rechtsgebiet, obwohl sich fast jeder einmal mit Angelegenheiten des Vormundschafts- oder Nachlaßgerichts oder sonst einem Registergericht befassen muß. Es ist dem Verfasser gelungen, den schwierigen Stoff in eine knappe, jedermann verständliche Form zu bringen. Das Bändchen enthält alles für den praktischen Gebrauch Wesentliche und bringt besonders eine große Anzahl von Beispielen, die eine Richtschnur für die so überaus mannigfaltigen Fälle des praktischen Lebens geben und die Schrift für jeden, der ständig mit dem Handelsregister zu tun hat, sowie für den Vormund und Pfleger, die mit dem Vormundschafts- und Nachlaßgericht jederzeit in Verbindung stehen müssen, unentbehrlich machen. Sch.



*Ein großes Volk wächst aus
starken Müttern u. gesunden Kindern*

HILFSWERK MÜTTER UND KIND

Berichtigung:

In dem Aufsatz: „Alexander Mitscherlich“ (Mai-Heft 1936, S. 77—78) bitten wir zu berichtigen: S. 78, rechte Spalte 15. Zeile von oben: „Hofrat Alois Auer von Welsbach, Friedrich Gottlob Keller.“